



Wird das Berliner Traditionsunternehmen Herlitz abstürzen?

Foto: transitiv.Polentz

DAS KIND SCHWEBT ÜBER DEM BRUNNEN

Herlitz hofft, durch Insolvenzantrag Kerngeschäft zu retten

Atempause in der Krise. Nach turbulenten Wochen beim führenden deutschen Bürowarenhersteller Herlitz macht bis 30. Juni Insolvenzverwalter Peter Leonhardt Schularbeiten. Wie das durch millionenschwere Verluste stark angeschlagene Unternehmen aus dem Teufelskreis findet, ob und wie das Kerngeschäft und die Arbeitsplätze der insgesamt 3000 Beschäftigten zu retten sind, werden die nächsten Monate zeigen. Fest steht: Entgeltverzicht und unbezahlte Mehrarbeit der Kolleginnen und Kollegen haben den Einbruch des Unternehmens nicht verhindern können.

Seitdem Herlitz sein angestammtes Revier, die Produktion von Büroartikeln, verlassen hat, köchelt die Krise. Das 1904 gegründete Unternehmen, das seit 1977 an der Börse notiert wird und zu seiner Hoch-Zeit 1990 4000 Beschäftigte zählte, geriet durch Immobiliengeschäfte und kostenträchtiges Russland-Engagement in Schieflage. Es hatte sich schlichtweg mit artfremden Geschäften – so einem 100-Mio-Flop mit Berliner Gewerbeimmobilien oder dem Wohnungsbau-

projekt Falkenhöh – übernommen. Strategische Fehlentscheidungen und schwere Managementfehler stürzten die Firma bereits 1995 in die roten Zahlen. Auf mehr als 300 Millionen Euro haben sich die Schulden bis heute summiert. Mit dem vorläufigen Insolvenzantrag vom 3. April sank die Aktie einen Tag später auf ei-

Die Situation hat sich seit fünf Jahren zugespitzt

nen Euro – 1994 war sie noch über 215 Euro wert. „Immer mehr hat sich die Situation in den letzten fünf Jahren zugespitzt“, berichtet Andreas Köhn, stellv. ver.di-Landesbezirksleiter Berlin-Brandenburg, der gemeinsam mit Amtskollegen Hartmut Friedrich als gewerkschaftlicher Arbeitnehmervertreter im Herlitz-Aufsichtsrat sitzt. „Man investierte Hals über Kopf

europaweit, wollte im Immobiliengeschäft kräftig absahnen. Was in diese artfremde Bereiche investiert wurde, wurde dem eigentlich gesunden, aber mit starker Konkurrenz und Krisen im Einzelhandel kämpfenden Kerngeschäft entzogen. Der zusammenbrechende Immobilienmarkt machte alle Gewinnerwartungen zunichte. Seitdem präsentierten ständig wechselnde Vorstände immer wieder neue Zahlen, Sanierungspläne und Prognosen.“

Fortsetzung Seite 3

AUS DEM INHALT

- SEITE 2
Politik mit 6,5 Prozent
- SEITE 5
Untergang mit Kirch
- SEITE 7
Solotänzerin entsorgt
- SEITE 8/9
Neugewählte Betriebsräte
- SEITE 16
Berliner Verlag fordert Nutzungsrechte gratis

In diesem Frühjahr sind Gewerkschaften mal wieder in allen Medien präsent. Die Tarifpolitik von IG Metall und BCE Bergbau, Chemie, Energie werde angeblich die Bundestagswahl, respektive Kanzlerwahl, im Herbst beeinflussen. Welcher Kandidat wird öffentlich als „gewerkschaftsfreundlich“ titulierte? Welche Gewerkschaft wird als „kanzlerfreundlich“ bezeichnet? Die Forderung nach 6,5 Prozent mehr Gehalt wird allenthalben als unvernünftig und schädlich für die Volkswirtschaft Deutschlands gescholten. So, als ob mit dieser Forderung gezielt Politik gegen den einen und damit für den anderen Politiker gemacht würde.

Solche Ziele werden jedoch mit anderen Mitteln verfolgt. Das kann derzeit in Italien beobachtet werden. Dort organisieren Gewerkschaften außerparlamentarischen Protest gegen eine Politik und die damit verbundenen Medien, gegen deren Personifikation Berlusconi. Die Mittel sind Massendemonstrationen und Generalstreik.

Doch auf dieser Seite der Alpen und in diesem Jahr richtet sich der Protest der Gewerkschafter zunächst einmal nicht gegen die verfehlte Politik des Kanzlers oder auf die Wegbereitung des Herausforderers. Denn die meisten beschleichen die Ahnung, dass die Politik des Weißhaarigen sich gegenüber der Politik des Kastani-

enbraunen wenig unterscheiden würde. Die Ergebnisse der aktuellen Regierungszeit wirken sich kaum positiv auf die Rechte derjenigen aus, die Arbeit haben, und derer, die gerne Arbeit hätten. Lohnt es sich dann, auf die Besetzung des Kanzlerstuhls Einfluss nehmen zu wollen? Und das

unter diesen Bedingungen für mehr Beschäftigung und dadurch werde die Konkurrenzfähigkeit für die Exportwirtschaft Deutschlands gestärkt. Die Basis war: die Solidarität von Arbeitsplatzinhabern mit Arbeitssuchenden. Doch die Bestandsaufnahme zum Ende letzten Jahres zeigt: Die

Lohnanteilen von Arbeitnehmern gewirtschaftet. Und nun fehlt dem Binnenmarkt der Motor, um wieder anzuspriegen. Wer von niedrigen Löhnen oder staatlichen Ersatzzahlungen leben muss, ist derzeit nicht in der Lage, einen Teil davon auch auf dem Markt ausgeben zu können. In Deutschland fehlt, im Vergleich zum Beispiel zu Frankreich, die Binnen nachfrage. Die Forderung nach 6,5 Prozent mehr Lohn und Gehalt ist damit ein Symbol für eine veränderte Haltung von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern. Mehr Lohn in den Händen von Arbeitnehmern schafft vermutlich eher Arbeitsplätze als eine Verringerung des Personalkostenanteils in Unternehmensbilanzen.

Für ver.di heißt dies im Fachbereich 8, dass etwa die Beschäftigten in Metall-/Elektroindustrie und Papierverarbeitung sowie diejenigen in Druckereien, Verlagen und in Redaktionen mit einheitlichem Ziel in die Tarifverhandlungen gehen; für die Filmtheater liegt eine Festbetragsforderung von 60 Cent/Std. sogar etwas höher. Damit wird von Industrie über Medien bis zu Dienstleistung eines deutlich, ver.di-Mitglieder machen sich stark für deutlich mehr Gehalt. Dafür muss in den Betrieben eingestanden werden, wenn nötig mit Arbeitskampf. Die Auseinandersetzung mit Kanzlern ist deshalb vorerst verschoben.

AUF EIN WORT

POLITIK MIT 6,5 PROZENT



Foto: transitiv, Polentz

MATTHIAS VON FINTEL,
TARIFSEKRETÄR MEDIEN IN VER.DI

auch noch über den Umweg der Tarifpolitik?

Nein, es geht denjenigen, die jetzt mehr Gehalt fordern als manchen lieb ist, um etwas ganz anderes. In den letzten Jahren haben die Sozialpartner ein Experiment gewagt. Die Formel hieß: Lohnzurückhaltung für die Schaffung von Arbeitsplätzen. Die Hoffnung war: Unternehmen sorgen

staatlich erfassten Arbeitslosenzahlen steigen, die Exportzahlen hängen nur unwesentlich mit hiesigen Lohnkosten zusammen, die derzeitigen Löhne werden durch Preissteigerungen immer weniger wert, die Aufwendungen für Altersversorgung und Krankenversicherung nagen zusätzlich, die Unternehmen haben unverantwortlich mit den einbehaltenen

BUCHTIPP

BETRIEBSRATSHASEN

BERLIN 2002

Eine „Einführung für Betriebsratskandidaten und neugewählte Kolleginnen und Kollegen und zur Erneuerung der Kenntnisse für alte Betriebsratshasen“ nennt Autor Karl Michael Scheriau sein Handbuch. Der Erscheinungszeitpunkt direkt zu den laufenden Betriebsratswahlen verspricht guten Zuspruch. Und tatsächlich sollte das 140-Seiten-Büchlein zumindest jedem neu gewählten Interessenvertreter statt Blumen überreicht werden. Es stellt eine wertvolle Arbeiterleichterung für betriebliche Interessenvertreter dar. Denn was sonst in den täglichen Wirren der Praxis durch try and error, durch mühsames Paragraphenstudium im Einzelfall sowie durch

Schulung und den Rat von Experten über den langen Weg zu erfahren ist, kann sich das bildungshungrige Betriebsratsmitglied auch an einem Wochenende Selbststudium zumindest in groben Zügen vergegenwärtigen: Wer schon immer wissen wollte oder es für sein neues Amt erfahren muss, welche wichtigen Gesetze und Verträge dem Arbeitsrecht zugrunde liegen, welche Rechte und Pflichten das Betriebsverfassungsgesetz der Interessenvertretung einräumt und wie sie wahrgenommen werden sollten, wie wichtig Fristen sind, wie die Zusammenarbeit von Betriebsrat und Gewerkschaften geregelt ist, welche Befugnisse allein der Betriebsratsvorsitzende ausfüllt, was „laufende Geschäfte“ der Interessenvertretung bedeuten und wie Sitzungen einzuberufen oder Betriebsversammlungen vorzubereiten sind, der wird

das Büchlein zweifellos mit Gewinn lesen. Das erfordert dennoch einige Konzentration, denn neben locker geschriebenen Passagen aus der Feder des Autors – etwa über landläufige Vorstellungen zur Rolle von Betriebsratsvorsitzenden – wird immer auf die zugehörigen gesetzlichen Grundlagen verwiesen, ja stehen oft die Gesetzestexte selbst in Auszügen. Auch über Schulungs- und Bildungsarbeit, Freistellungen und über das leidige, aber um so wichtigere Thema „Kosten und Sachaufwand“ wird so ohne Umschweife informiert. Besonders häufig vorkommende und wichtige Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates – etwa das Einigungsstellenverfahren oder die Mitwirkung bei personellen Maßnahmen wie Einstellungen oder Kündigungen – werden neben der Erläuterung am Gesetzestext auch durch Ablaufdiagramme verdeut-

licht. Sowohl in der Gliederung als auch in der Darstellung der „Grundlagen der Betriebsratsarbeit“ kommen dem Autor zweifellos seine langjährigen Erfahrungen aus Betriebsratsschulungen zugute. Mit Überflüssigem, so dürfte auch der heurige Betriebsratschase nach einiger Zeit der Praxis feststellen, wird in diesem Büchlein niemand gelangweilt. Dass es auch erfahrene Betriebsräten im konkreten Fall wieder zur Hand nehmen, um sich einen schnellen Überblick zu verschaffen, darf angenommen werden. Dafür sorgen auch weitergehende Literaturhinweise und ein kleiner Serviceteil.

Helma Nehrlich

Karl Michael Scheriau: Grundlagen der Betriebsratsarbeit. Handbuch für interessierte Kolleginnen und Kollegen, Autorenverlag K. M. Scheriau, Berlin 2002. ISBN 3-8311-2984-3, 140 Seiten kartoniert, 12,00 Euro, in jeder Buchhandlung oder über www.bod.de

Fortsetzung von Seite 1

Erst seit Februar mit dem neuen Vorstandschef Christian Supthut hätte der Aufsichtsrat den Eindruck gewonnen, realistische Zahlen vorgelegt zu bekommen. Zu diesem Zeitpunkt kündigten einige Banken an, die Kreditlinien nicht mehr verlängern zu wollen. Ein Konsortium aus elf Kreditinstituten unter Führung der Deutschen Bank hatte 2001 die 70-prozentige Beteiligung am Unternehmen übernommen. Die Banken und die Landesregierungen Berlin und Brandenburg – in Peitz unterhält Herlitz die Falken Office Products mit 430 Beschäftigten – wurden sich nicht einig über neue Kredite und eine Landesbürgschaft. „Für uns war die Tendenz erkennbar, das Berliner Unternehmen in die Zahlungsunfähigkeit zu treiben“, so Köhn.

Verzicht kurbelt Wirtschaft nicht an

Auch vorausgehende Versuche, dem Absturz zu entgehen, waren fehlgeschlagen. Schon der Rückzug der Familie Herlitz Mitte der 90er Jahre aus der Unternehmensführung, der Verkauf der Tochterfirmen Falkenhöh (Immobilien), HIT (Maschinen- und Papierhandel), McPaper (Einzelhandel) und der sukzessive Abbau von 1000 Arbeitsplätzen konnten die Krise nicht aufhalten. Es gelang nicht, strategische Partner mit ins Boot zu holen. Der Verzicht der Beschäftigten auf Jahresleistungen und ihre Bereitschaft, ohne Lohnausgleich 37 Stunden statt tarifvertraglich vereinbarter 35 Stunden zu arbeiten, halfen nicht. „Zwar hatte die Unternehmensleitung mit dem für alle Kollegen schmerzlichen Verzicht aufs Weihnachtsgeld 2000 rund 7,5 Mio Mark mehr, um in die Produktion zu investieren“, berichtet der gerade wiedergewählte Betriebsratsvorsitzende Christian Petsch. Aber schon damals hätten das Unternehmen fast 600 Mio Mark Schulden gedrückt.

Andreas Köhn sieht im Fall Herlitz die Richtigkeit der in Tarifausschließungen vertretenen gewerkschaftlichen Auffassung bestätigt, dass Verzicht der Arbeitnehmer die Wirtschaft nicht ankurbelt und Arbeitsplätze nicht rettet. „Im Gegenteil, Lohn- und Gehaltsforderungen beleben das Geschäft, sorgen für mehr Kaufkraft und Wachstum.“



Foto: transitiv.Polentz

Gregor Gysi, Christian Supthut, Christian Petsch (v. l. n. r.)
– Hoffnung auf der Betriebsversammlung.

Bei Herlitz gibt es jetzt mit dem von den Banken bewilligten Massekredit von 15 Mio Euro – der die laufende Liquidität des Unternehmens sichert – Hoffnung, dass bis 30. Juni die Gesamtinsolvenz abgewendet werden kann. Wieder sind die Kolleginnen und Kollegen bereit, für das Unternehmen Opfer zu bringen. Sie wollen bis Ende dieses Jahres die 37-Stunden-Woche ohne Lohnausgleich verlängern, um ihre Jobs zu retten. Das bedarf allerdings der Verhandlung zwischen Gewerkschaft, Insolvenzverwalter und Geschäftsführung. „Bevor wir nicht über die Pläne des Insolvenzverwalters informiert sind, werden wir dem nicht zustimmen“, kündigt der im Landesfachbereich Medien, Kunst, Industrie zuständige Gewerkschaftssekretär Andreas Köhn an. „Die anstehenden Tarifverhandlungen sind deshalb erst mal abgebrochen worden, um die Arbeit des Insolvenzverwalters nicht zu belasten.“ Ohne allerdings die Gewerkschaft zu konsultieren, werde die Sanierung des Unternehmens nicht gelingen. Schließ-

lich ginge es auch um Abfindungsregelungen, die allerdings aus einer Insolvenz heraus mit durchschnittlich 2,5 Monatsgehältern sehr viel niedriger ausfallen würden. Für Köhn schwebt das Kind noch über dem Brunnen.

Kunden wollen Herlitz-Produkte

Andreas Köhn war Gast der Herlitz-Betriebsversammlung am 9. April, auf der Wirtschaftssenator Gregor Gysi als Hoffnungsträger zusicherte, sich für das traditionsreiche Berliner Unternehmen einzusetzen. Im Falle des Fortbestehens könnte es mit Landeshilfen wie der Stundung von Pachtzinsen für ein Erbbaurecht-Grundstück des Unternehmens rechnen. Eine Landesbürgschaft sei nicht ausgeschlossen. Jetzt sei der Punkt erreicht, wo auch die Psychologie entscheide. Im Logistiksystem von Herlitz dürfe es keine Lücken geben. Verschwinden die Produkte erst mal aus den Regalen, dann seien andere da. Das sei dann wirklich das Ende vom Lied.

Noch ist nicht klar, welchen Ausweg der Insolvenzverwalter vorschlägt. Betriebsratsvorsitzender Petsch, der seit 35 Jahren im Unternehmen ist und mehr als 20 Jahre dem Betriebsrat angehört, beschreibt mögliche Wege: Nach wie vor werde ein strategischer Partner gesucht. Die Rückbesinnung aufs Kerngeschäft stehe außer Frage – mit dem Ziel, das Unternehmen als Ganzes zu erhalten. Denkbar seien aber mit einem neuen Investor auch Ausgliederungen. „Die Stimmung unter den Kolleginnen und Kollegen ist trotz allem optimistisch, sie arbeiten mit Hochdruck, um die wesentlichen Teile der Produktion zu sichern“, sagt Petsch. „Mit der Insolvenz haben wir die Chance, das Unternehmen von den großen Belastungen der Vergangenheit, von den Folgen unglaublicher Fehleinschätzungen zu befreien. Wir wollen uns auf Schreibwaren konzentrieren und endlich wieder Zukunft aufbauen.“ Das Kerngeschäft der ersten drei Monate 2002 sei sehr gut, die Umsatzzahlen überträfen den Plan. „Unsere Leistung wird von den Kunden gewünscht“, sieht er Grund für Zuversicht. „Wir waren ganz unten, im Moment steigen wir wieder auf.“

Auf keinen Fall hält es Petsch derzeit für notwendig, über Arbeitsplatzabbau zu diskutieren. „Mit den Stellenstreichungen der letzten Jahre haben wir schon eine Schmerzgrenze erreicht.“ Gelingt es allerdings nicht, das Kerngeschäft einschließlich der von Herlitz betriebenen Logistik zu erhalten, befürchtet ver.di-Landesvize Andreas Köhn den Verlust mehrerer hundert Arbeitsplätze.

Bettina Erdmann

ANZEIGE

Gesundheit und Gesundheitspolitik in Brandenburg



Sie

recherchieren,
brauchen Informationen,
Zahlen, Daten Hintergründe?

Rufen

Sie
uns
an!

Pressestelle der AOK für das Land Brandenburg
Potsdamer Straße 28, 14513 Teltow
Pressesprecher Jörg Trinsogga
Telefon 0 33 28/45 15 13
Telefax 0 33 28/45 15 14

Online erreichen Sie die AOK unter
<http://www.aok.de>
e-mail: joerg.trinsogga@brb.aok.de



Der Krieg begann nicht am 11. September

Ein Projekt von Arbeiterfotografie Köln und ver.di

Bei der Ausstellung „Der Krieg begann nicht am 11. September“, die derzeit in der Berliner Medien Galerie zu sehen ist, „steht Kurt Tucholsky Pate“, heißt es im Vorwort der ausstellungsbegleitenden Dokumentationschrift von Anneliese Fikentscher und Andreas Neumann. Die Exposition „ist die Fortführung einer ‚Tucholsky‘ genannten Ausstellung in der Kölner Galerie Arbeiterfotografie im Jahr 1999. Sie ist als Wanderausstellung konzipiert und wird ständig weiterentwickelt werden. Sie wird niemals vollständig oder ausgewogen sein, denn es handelt sich um eine künstlerische Stellungnahme. Die Ausstellung behandelt in einer Bild-Text-Konfrontation The-

menkomplexe wie ‚Krieg als neue Friedensbewegung‘, ‚Die Suche nach den wahren Tätern‘, ‚Der totale Krieg – die Ära Hitler-Bush‘, ‚Krieg als Perversion des Menschen‘, ‚Die neue Weltordnung‘, ‚Bürger – Staatsziel sogenannter Terrorismusbekämpfung‘, ‚Krieg und Kirche‘, ‚Krieg und Medien‘, ‚Nato-Überfall auf die Bundesrepublik Jugoslawien‘. ... Es ist nicht leicht, gegen eine gigantische milliardenschwere Propagandamaschinerie auf allen Ebenen der Politik, der Medien, der Kunst, des öffentlichen Lebens mit bescheidenen Mitteln eine Gegeninformation zu betreiben. Doch halten wir uns an das Wort eines der berühmtesten – nach neuem Sprachgebrauch – Terrori-



Foto: transit/v.Polentz

Fotografin Gabriele Senft mit den Ausstellungsmachern Andreas Neumann und Anneliese Fikentscher (v.l.n.r.)

sten dieser Welt, Ernesto Che Guevara, dann ‚Seien wir realistisch. Versuchen wir das Unmögliche!‘“

Die Ausstellung ist noch bis zum 17. Mai 2002 von Mo. – Fr. 11 bis 18 Uhr und nach Vereinbarung geöffnet. (Tel. Andreas Kühn:

030/ 78 80 09 54) Medien Galerie, Haus der Buchdrucker, Dudenstraße 10, 10965 Berlin-Kreuzberg. Zeitgleich ist im ersten Stock des Hauses die Ausstellung „Die Brücke von Vavarin“ der Berliner Fotografin Gabriele Senft zu sehen.

DER COUNTDOWN LÄUFT...

... um die Schadenersatzklage der Opfer des NATO-Luftangriffs auf die jugoslawische Stadt Varvarin gegen die deutsche Bundesregierung rechtzeitig zuzustellen.

42.189,25 Euro Gerichtskosten sind dafür zu zahlen.

„Ich bin auf die Brust gefallen, die Finger der linken Hand und der Daumen waren weg und mein linkes Hosenbein fehlte, im Oberschenkel klappte eine große Wunde. Während ich durch die Luft flog, sah ich, wie dem Priester der Kopf wegflog ...“ (Zeugenaussage Bozidar Dimitrijevic).

Die Opfer brauchen Ihre Spende!

Spendenkonto: Vereinigung demokratischer Juristen, Berliner Sparkasse, BLZ: 100 500 00, Kto.: 33522014, Verwendungszweck: Spende für NATO-Opfer, Auskünfte: Rechtsanwalt Ulrich Dost, Tel.: 030/535 33 97

Hier wird zu einer Spende aufgerufen – nötig wie so oft, wenn kein Kommerz im Spiel ist. Gerichtskosten müssen aufgebracht werden, um Bombenopfern zu einer Entschädigung zu verhelfen. Es geht um einfache Leute aus Vavarin.

Wer kennt schon das kleine Vavarin?

Solidarität – nicht nur ein Wort, sondern zählbar

Der Ort ist ein unbedeutendes Landstädtchen in Jugoslawien, jeweils etwa 200 Kilometer von Belgrad wie vom Kosovo entfernt, ohne nennenswerte Industrie, ohne jegliche Militärstationen. Am 30. Mai 1999, einem strahlend sonnigen Sonntag, kamen viele Dörfler aus der Umgebung hierher, denn es war Markttag, und es wurde das alljährliche Fest der Heiligen Dreifaltigkeit gefeiert. Aber am Himmel führte die NATO Krieg.

Gegen 13 Uhr haben zwei Kampfflugzeuge im Tiefflug mit zwei Raketen die nahegelegene Brücke über die Morava zerstört. Nebenbei: Diese Brücke war nach dem 2. Weltkrieg als Reparationsleistung aus Deutschland in Vavarin eingebaut worden. Jetzt traf der Angriff ohne Vorwarnung Radfahrer, Fußgänger, Pkw, die sie gerade überquerten. Aber als Helfer herbei gerannt waren, erfolgte der zweite Anflug mit zwei weiteren Raketen. Zehn Menschen starben auf schreckliche Weise, 30 wur-

den verletzt, davon 17 so schwer, dass sie ihre Gesundheit nie zurück erlangt haben.

Vavarin ist nicht die einzige militärfreie Stadt, die in jenem einseitigen Krieg von ungefährdeten Bomberpiloten angegriffen wurde. Jedes ausgelöschte Leben ist unwiederbringlich. Etwa 3000 Zivilisten sollen bei diesen Angriffen getötet worden sein. Und die Verletzten? Wie lebt man ohne die abgerissene Hand, das amputierte Bein!

Eine Initiative, die sich in Deutschland gründete, arbeitet seit Anfang 2001 daran, wenigstens für die Opfer von Vavarin Gerechtigkeit einzufordern und einen Schadenersatz zu erstreiten. Zeugenaussagen, ärztliche Gutachten, Beglaubigungen, offizielle Übersetzungen wurden zusammengetragen als Grundlage für eine Klageschrift, die schließlich am 24. Dezember durch Rechtsanwalt Ulrich Dost beim Berliner Landgericht eingereicht werden konnte.

Die Klage betrifft, verkürzt gesagt, die Verletzung des huma-

nitären Völkerrechts beim Angriff auf wehrlose Zivilisten, was ihr prinzipielle Bedeutung verleiht. Das Gericht hat für Vavarin den Streitwert mit 4 Millionen Euro beziffert. Das verlangt von den mittellosen Klägern, Gerichtskosten bei der Justizkasse einzuzahlen, bevor das Gericht tätig wird – eben die nebenstehende Summe von über 42 000 Euro. Eile ist geboten! Denn Ende Mai könnte Verjährung drohen. Und dann wären alle Mühen und Hoffnungen umsonst gewesen. Solidarität ist hier nicht einfach ein Wort, sondern greif- und zählbar.

Der Spendenaufruf wird von namhaften Persönlichkeiten unterstützt, darunter von den Schauspielern Käthe Reichel und Rolf Becker, den Pfarrern Christian Führer und Hans-Jochen Vogel, den Autoren Gisela Steinecker, Matthias Biskupek, Jürgen Elsässer, Christoph Hein und Gerhard Zwerenz, den Gewerkschaftsfunktionären Andreas Kirchgeßner und Horst Schmitthener, von Ärzten, Journalisten, Wissenschaftlern...

Annamarie Görne

Tod auf schreckliche Weise

Untergang mit Kirch – „eine große Ehre“

Ein offenes Geheimnis: Stadtsender TV Berlin in miserabler finanzieller Lage

Verunsicherung und Bangen um die Arbeitsplätze hat die Beschäftigten bei TV Berlin erfasst. Der Zusammenbruch des Kirch-Imperiums droht auch ihre Jobs in Mitleidenschaft zu ziehen. Zwar gehört der Ballungsraumsender nicht direkt zur Kirch Media, die am 8. April einen Insolvenzantrag stellte. Haupteigner ist formal Kirch-Sohn Thomas Kirch, der in Personalunion auch beim ehemaligen Froschfunk „Hundert,6“ das Sagen hat. Doch schon vor der Kirch-Pleite pfiffen es die Spatzen von den Dächern, dass ein Ausstieg beim hochdefizitären Ballungsraum-TV nur noch eine Frage der Zeit sei. Offiziell wird fleißig dementiert. So widersprach die Gruppe einem Bericht der „Süddeutschen Zeitung“ vom 12. März, wonach TV-Berlin-Geschäftsführer Georg Ga-

fron nach der Pleite von Kirch Media spitzt sich nun die Situation auch für die Beschäftigten der Stadtsender zu. Als offenes Geheimnis gilt die miserable wirtschaftliche Lage dieser Sender in Berlin, Hamburg (HH 1) und München (TV München). Branchendienste schätzen das jährlich anlaufende Minus auf 20 Millionen Euro.

Die Geschäftsleitung von TV Berlin hüllt sich in bedecktes Schweigen. Meldungen über das bevorstehende Aus seien „reine Spekulation“, sagt Gafrons Sprecher und Büroleiter Sebastian Manz. Gafron selbst wettelte unlängst, die Meldung der „Süddeutschen“ sei eine „Erfindung, die gezielt gestreut wurde, um die Mitarbeiter zu verunsichern“. Nach dem Insolvenzantrag von Kirch Media klang es schon anders. „Der gemeinsame Untergang mit einem Unternehmer wie Leo Kirch – selbst der ist noch eine große Ehre gemessen am jämmerlichen Dasein anderer“, so der streitbare, zuletzt reichlich krisengebeutelte Medienmanager. Die rund 120 Festangestell-



Wie lange sendet TV Berlin noch unterm Fernsehturm?

ten“, man spreche noch mit potentiellen Investoren. Als bislang einziger ernsthafter Bewerber gilt B.TV im badischen Ludwigsburg. Dessen Geschäftsführer Bernd Schumacher hatte kürzlich von sich aus „großes Interesse“ bekundet, die Stadtsender Kirchs „in unser Network zu integrieren“. Gedacht sei an ein bundesweites Mantelprogramm mit Regionalfernsehtexten aus Berlin, München und Hamburg. Allerdings heißt es in der Branche hinter vorgehaltener Hand, B.TV stehe selbst wirtschaftlich das Wasser bis zum Hals. Falls es dennoch zu einem Kauf kommen sollte, müssten die Lizenzen der betroffenen Sender, auch die von TV Berlin, neu ausgeschrieben werden. Bei all diesen Unwägbarkeiten nimmt es nicht wunder, dass die Belegschaft sehr verunsichert ist.

Kirch-Sohn Thomas plagen indes andere Sorgen. Am 7. März wurde er vom Amtsgericht München wegen unerlaubten Besitzes von Betäubungsmitteln zu einer sechsmonatigen Bewährungsstrafe verurteilt.

TV Berlin, das seit 1997 auf Sendung ist, beschäftigt inklusive der festen Freien rund 180 Mitarbeiter. Im IV. Quartal 2001 erzielte der Sender in Berlin einen Marktanteil von 0,6 Prozent (III. Quartal.: 0,9 Prozent). Als ernsthafte Konkurrenz für SFB1 konnte sich der Kanal nie etablieren. **kel**

„Furchtbar viele Gerüchte“

fron vor Mitarbeitern des Springer-Boulevardblatts „BZ“ das baldige Aus für den Sender verkündet habe. „Einen solchen Beschluss gibt es nicht“, sagte Kirch-Sprecher Hartmut Schultz damals. Die Kirch-Gruppe habe bislang lediglich „strategisch entschieden, sich nicht an weiteren Metropolensendern zu beteiligen, da Ballungsraum-TV nicht funktioniert“. Man werde sich in diesem Bereich auf das Angebot von Dienstleistungen wie etwa die Vermarktung von Werbezeiten durch die Kirch-Tochter Seven One Media konzentrieren.

ten und 60 festen Freien dürften diese Parole mit gemischten Gefühlen vernommen haben.

Es gebe „furchtbar viele Gerüchte, die aber alle sehr konkret klingen“, sagte Katja Karger, Projektmanagerin bei connex-av, der verdi-Vertretung für Privatfunkbeschäftigte. Auf einer Betriebsversammlung Mitte März habe die Geschäftsleitung versichert, es gebe noch „nichts Defi-

ANZEIGE

Journalisten, Autoren, Künstler!



Von der Gründung zur erfolgreichen selbständigen Existenz.
Wir beraten, begleiten und betreuen Sie:

- auf dem Weg in die Selbständigkeit, z. B. **Gründung** aus Arbeitslosigkeit/ABM (Antrag Überbrückungsgeld), **Gemeinschaftsgründungen**;
- bei der **Fördermittelbeantragung**, incl. fachlicher Stellungnahme;
- der **Überprüfung** Ihres Konzepts und der betriebswirtschaftl. **Rahmenbedingungen**;
- bei der **KSK-Antragstellung** und sozialen Absicherung;
- bei der Antragstellung für das **Presseversorgungswerk**



MEDIEN
KUNST
KULTUR
CONSULT

Gotlandstraße 7 · 10439 Berlin
Tel.: 030 / 44 65 08 10
Fax: 030 / 44 65 08 11
e-mail: MKKConsult@aol.com
Internet: www.MKK-Consult.de

BERND HUBATSCHEK

Mehr Transparenz bei Berliner Presse

Anhörung im Abgeordnetenhaus zum CDU-Vorstoß für geändertes Pressegesetz

Ausgerechnet die Berliner Christdemokraten treibt die Sorge um die „immer stärker werdende wirtschaftliche Verflechtung und Konzentration der Presselandschaft“ um. Deshalb ringt die CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus schon seit Mitte letzten Jahres um eine Änderung des Berliner Pressegesetzes von 1965. Dessen § 7 soll durch zwei Absätze ergänzt werden: So muss ein Verleger zu Beginn jedes Kalenderhalbjahres „im Druckwerk die Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse seines Verlages“ und dessen Beziehungen zu verbundenen Presse- und Rundfunkunternehmen offen legen. Dies gelte insbesondere für die Überlassung von Rechten. Auch sollen alle Anteilseigner, selbst stille Gesellschafter, mit ihren sonstigen Medienbeteiligungen aufgelistet werden.

Noch spannender ist die Begründung: Die üblichen Impressumsangaben reichten heutzutage „nicht mehr aus, um die für eine freie demokratische Meinungsbildung unerlässliche Transparenz zu gewährleisten“, heißt es. Besonders „Großverlage der Presse“ seien „schwer zu durchschauen“. Die „Trennung von Berichterstattung und gestaltender Politik wird verwischt“, moniert die Berliner CDU und kritisiert die „unerkannte Beteiligung politischer

Kräfte am Prozeß der Meinungsbildung“. Außerdem diene die vorgeschlagene Gesetzesänderung der weiteren Rechtsangleichung mit Brandenburg.

Sichtlich verblüfft und zum Teil amüsiert begrüßten bei einer Anhörung im Innen- und Rechtsausschuß sowohl die Vertreter der rot-roten Regierungskoalition wie auch die grüne Opposition den Unionsvorstoß. Zumal die Christdemokraten eigentlich Georg Gafron als Sachverständigen präsentieren wollten, der aber leider verhindert war. Genau an dieser Personalie entzündete sich dann ein Streit, der verdeutlichte, mit welcher unterschiedlichen Motiven diese virtuelle große Koalition die Pressegesetzänderung betreibt. Während es der CDU vor allem um das „weitgehend verdeckte Medienimperium der SPD“ mit zum Teil treuhänderisch gehaltenen Anteilen an über 22 Zeitungen und 16 Hörfunkstationen geht, wollen die anderen Landtagsparteien eher so etwas

wie das „System Gafron“ verhindern. Der fungiert nämlich nicht nur als Chef der führenden Berliner Boulevardzeitung BZ, sondern auch der privaten Lokalsender TV Berlin und Radio Hundert,6. Damit prägte er, so die rot-

besserungen an der vorgeschlagenen Gesetzesnovelle. So plädierten sowohl der Vorsitzende des Berliner Journalistenverbandes (JVB), Alexander Kulpock, wie auch der regionale ver.di-Fachbereichsleiter Medien, Andreas Köhn, dafür, das erweiterte Impressum mit der Veröffentlichung publizistischer Grundsätze zu ergänzen. Denn: Die journalistische Tendenz eines Presseorgans setze nicht nur den beschäftigten Journalisten Grenzen, sondern auch der Berichterstattung. Kulpock verwies eben so wie der Geschäftsführer des Berlin-Brandenburger Zeitungsverlegerverbandes auf das bayerische Pressegesetz, das besser als das „Brandenburger Vorbild“ sei. Dort gebe es „praktikablere Formulierungen“, Details seien in einer Durchführungsverordnung geregelt. Zwar wird es noch eine zweite Anhörung im Berliner Rechtsausschuß geben, doch angesichts der Zustimmung des Medienausschusses im Abgeordnetenhaus und einer positiven Stellungnahme der Senats-Innenverwaltung scheint klar: Die Berliner Presse kommt bald nicht mehr um eine Pflicht zu einem erweiterten Impressum herum.

maru



roten Regierungsvertreter und die grüne Opposition, das Meinungs- und Stimmungsbild in der deutschen Hauptstadt, versuche Politik zu machen – und zwar ungewählt.

Jenseits dieser Volksvertreter-Polemik konzentrierten sich die geladenen Experten eher auf Ver-

Entlassungswelle in der Berliner Zeitung

Im Verlag und Berliner Kurier laufen bereits Kündigungsschutzprozesse

Im Berliner Haus von Gruner + Jahr am Alexanderplatz stehen weitere Kündigungen an. Nachdem bereits vor Wochen im Verlag und im Berliner Kurier 27 Kündigungen ausgesprochen wurden, „hat die Entlassungswelle jetzt auch die Berliner Zeitung erreicht“, heißt es in einer Information des Betriebsrates vom 14. April. Danach führt Chefredakteur Uwe Vorkötter Gespräche mit Mitarbeitern, von denen man sich trennen oder die Mitarbeit unter anderen Bedingungen fortsetzen will. Betroffen sollen derzeit sieben Redakteure und vier Pauschalisten sein. Zu-

sätzlich werde geplant, weitere Pauschalen zu senken. Der Betriebsrat wurde über die genauen Pläne bisher offenbar nicht informiert. Es sei empörend, „dass bei der Auswahl der Mitarbeiter, von denen man sich trennen will, wieder einmal soziale Gesichtspunkte völlig außer acht gelassen werden“, heißt es in der Information. „Erneut soll es vor allem Kollegen zwischen 40 und 50 Jahren treffen, die teilweise unterhaltspflichtige Kinder haben und schon länger im Hause beschäftigt sind.“ Aus diesem Grunde „verurteilt der Betriebsrat die beabsichtigten Vertragsauflö-

sungen und Kündigungen“. In den Gesprächen soll Vorkötter betont haben, dass es nicht an den journalistischen Leistungen liege. Der Betriebsrat hat außerdem erfahren, dass trotz des Sparzwanges und der beabsichtigten Kündigungen neue Pauschalistenverträge abgeschlossen werden. „Was soll das?“, ist die Frage.

Beim Arbeitsgericht laufen derzeit von den ursprünglichen 27 noch 13 Kündigungsschutzprozesse mit dem Ziel der Weiterbeschäftigung. Eine Redakteurin aus dem Berliner Kurier hat ihren Prozess bereits gewonnen. Ande-

re haben nach Einschätzung des Betriebsrates „gute Aussichten“. Für drei Mitarbeiter konnte mit intensiver Unterstützung des Betriebsrates eine Weiterbeschäftigung im Verlag und einer G+J Firma erreicht werden. In zähen Verhandlungen hatte der Betriebsrat im März einen Sozialplan abgeschlossen, der weit über dem ursprünglichen Angebot der Geschäftsführung lag. Elf Kolleginnen und Kollegen sind auf der Grundlage dieses Sozialplanes aus unterschiedlichen Gründen über einen Vergleich aus dem Berliner Verlag ausgeschieden.

wen

„Ich habe mich immer für das Ensemble eingesetzt“

Komische Oper entsorgt erneut 1. Solotänzerin. Künstlerische Herabwürdigung sollte Vertragsbruch rechtfertigen

Ballettliebhaber und Experten loben ihre Wandlungsfähigkeit, den unverwechselbaren Ausdruck, das hohe Maß geistiger Durchdringung des Dargestellten. Sie hat in wunderschönen Rollen getanzt. Sie wird es weiter tun. Und doch ist nichts mehr so wie vorher.

Angela Reinhardt wurde mit 18 als Absolventin der Staatlichen Ballettschule Berlin von Tom Schilling an die Komische Oper geholt. Vier Jahre später war sie bereits 1. Solotänzerin. Sie brillierte im Haus an der Behrenstraße als Julia, als „Schwanensee-Odette“, als Otilie in „Wahlverwandschaften“, als Antonia in „Hoffmanns Erzählungen“, als „Aschenbrödel“. Später, mit anderen Choreografen, tanzte sie u. a. die Ballerina in „Petuschka“, die Marie in „Woyzek“.

Die Odile in „Schwanensee“ war die letzte Hauptrolle an der Komischen Oper. Nach einer Vorstellung im Februar 2001 standen die 1. Solotänzerin und Lars Scheibner, der Tänzer der Hauptrolle, mit Mikrophon vor dem Publikum. Die Künstler forderten, das Ballett der Komischen Oper zu erhalten, denen in den Arm zu fallen, die die traditionsreiche Compagnie zum finanz- und kulturpolitischen Spielball machten und den Tanz an der Behrenstraße abwickeln wollten. Tänzerinnen und Tänzer kämpften, unterstützt von der damaligen IG Medien, um ihr Ensemble, das unter Felsenstein und Schilling stolz Tanztheater geheißen hatte und noch Mitte der 90er Jahre als „homogenste Compagnie“ der Hauptstadt galt. Zwar zeigten die Proteste Wirkung. Eine neue Ballettchefin für das Haus an der Behrenstraße wurde verpflichtet. Die künstlerische Kontinuität ist dennoch abgerissen.

„Mich kriegt man hier so schnell nicht weg“, hatte Angela Reinhardt noch vor Jahresfrist gemeint. Zwischenzeitlich hat sich

die Situation zugespitzt. Seit Ende Februar 2002 steht fest: Ihre Anstellung an der Komischen Oper endet mit dieser Spielzeit. Nach 19 Jahren.

Die Vorgeschichte: Anfang Juli

Nur der Intendant hat das Sagen

2001 luden Intendant Albert Kost und sein künstlerischer Betriebsdirektor die Künstlerin zu einem Gespräch. Dass ihre tänzerischen Fähigkeiten nachgelassen hätten und sie auch wegen ihres Alters und die auch wegen ihres Alters den künstlerischen Anforderungen an eine Erste Solistin nicht mehr genüge, erklärte man ihr. Deshalb sollte sie eine Rückstufung als Solistin mit Gehaltseinbußen akzeptieren. Die Entgegnung Reinhardts, dass sie ihr Können auch außerhalb der Komischen Oper – etwa bei Galas zur Eröffnung der EXPO, zur Ballettdirektorenkonferenz und bei anderen großen Produktionen für Publikum und Kritik sehr wohl unter Beweis stelle, beantwortete der Intendant mit einem lapidaren „Aber Frau Reinhardt, ich kann Ihnen ja nicht überallhin nachreisen“.

Die Methode, sich Erster Solisten zu entledigen, ist am Haus leider nicht neu. Vor ihr erfuhren so hervorragende Kollegen wie Alma Munteanu, Primaballerina Jutta Deutschland, Meistertänzer Thomas Vollmer oder Uwe Küßner Ähnliches, meint Reinhardt. Die künstlerische Herabwürdigung traf sie dennoch tief. Zur persönlichen Demütigung kam die Schmälerung ihres künstlerischen Marktwertes: Wer wisse schon, dass eigentlich ganz andere – konzeptionelle, organisatorisch-finanzielle, politische – Erwägungen maßgeblich sind. Zwar habe ihr niemand offiziell ihr Engagement vorgeworfen, doch sicher spiele das entscheidend mit: „Ich habe mich immer

für das Ensemble eingesetzt.“ Sie sei nicht gegen Neuerungen, schon gar nicht am Theater. Sie hat in den letzten Jahren unter verschiedenen Ballettchefs, mit unterschiedlichen Choreographen wandlungsfähig und kooperativ gearbeitet. Aber wo käme man hin, wenn Leistung, wenn Verträge einfach nichts mehr gelten? Da der Vertragsbruch einseitig beim Intendanten liege, klagte sie. Gegen die Änderungsmitteilung und auf Schadenersatz für nichtvertragsgemäße Beschäftigung in den Spielzeiten ab 2000.

Im juristischen Schriftverkehr zog die Intendanz mit dem Argument nach, dass die neue Ballettkonzeption an der Komischen

Angst vor dem Gegenbeweis?

Oper überhaupt keine 1. Solisten mehr vorsehe. Der Vorsitzende des Bühnenschiedsgericht äußerte sich überdies skeptisch, ob die bisherige Verlängerungsautomatik bei NV-Solo-Verträgen einer aktuellen gerichtlichen Prüfung standhielte.

Angesichts all dieser Unwägbarkeiten – und der Tatsache, dass ein Musterprozess in Theaterdingen durch fünf Instanzen führen kann – erklärte sich Angela Reinhardt schweren Herzens bereit, einem Vergleich zuzustimmen. Obwohl das Anstellungsverhältnis zum 31. Juli endet, wurde eine sofortige Freistellung vereinbart. Die Tänzerin erhält eine Abfindung und Schadenersatz dafür, dass sie in der Spielzeit



Nur noch zum Training an der Komischen Oper: Angela Reinhardt

2000/2001 nur in einer tragenden Premierenrolle ihr Können demonstrieren konnte. Ihr hätten zwei solche „Ansehrollen“ zugestanden. Eine Abschiedsvorstellung in der Komischen Oper – die sie als künstlerischen Gegenbeweis gern gegeben hätte – wurde Angela Reinhardt nicht gewährt. Ihrem Wunsch gemäß, kann sie an der Behrenstraße aber noch eine Spielzeit lang trainieren.

Der Anwalt des Arbeitgebers, der seine künstlerische Inkompetenz beinahe wie eine Fahne vor sich hertrug, wartete beim Gerichtstermin neben vielem Unsäglichem auch mit dieser tröstlichen Bemerkung auf: Die bisherige „herausgehobene Position“ der Klägerin werde ihr die künstlerische Zukunft sicher „erleichtern“. Tatsächlich ist Angela Reinhardts Terminkalender gefüllt wie lange nicht. Sie tanzt klassische und moderne Rollen – auf Tourneen mit eigenen Produktionen in Süddeutschland, bei Tanzgalas für Unicef in Dessau und Cottbus, bei verschiedenen Kammerballett-Projekten im In- und Ausland. In Eisenach, wo sie als „Carmen“ einsprang, wird sie „wie eine Königin“ gefeiert. Die Berliner Ballettfans bekommen sie allerdings kaum noch zu sehen. Sie können ihr nur nachreisen...

Helma Nehrlich

HALBZEIT BEI DEN BETRIEBSRATSWAHLEN

Die Neuwahlen zu den betrieblichen Interessenvertretungen sind in vollem Gange. Seit dem 1. März und noch bis 31. Mai werden auch in Unternehmen des ver.di-Fachbereiches



Medien, Kunst und Industrie Betriebsräte neu oder sogar erstmals gewählt. Bis 15. April waren in knapp der Hälfte aller Betriebe, in denen Wahlen vorbereitet sind, die Würfel bereits gefallen.

Als Zwischenbilanz läßt sich sagen: ver.di hat sich als kompetente Kraft in den Betriebsräten etabliert. Für den Landesbezirk Berlin-Brandenburg wird prognostiziert, dass nach Wahlabchluss etwa 15 Prozent mehr Unternehmen als bisher über einen Betriebsrat verfügen werden.

Wir sprachen mit den neu gewählten Interessenvertretern und fragten:

- **War die Betriebsratswahl in Eurem Unternehmen ein Erfolg?**
- ▲ **Welche Probleme hat die Interessenvertretung in der nächsten Zeit zu lösen?**
- **Worum wirst Du Dich in Deiner Funktion besonders kümmern?**

FORDERUNGEN ARTIKULIERT BELEGCHAFTSINT VERTRETEN

Günter Schmitt, 59, Ingenieur, ver.di-Betriebsrat bei der Schering AG

Der Betriebsrat hat insgesamt 33 Mitglieder, davon sind neun freigestellt. Sie vertreten die Interessen von 6300 Beschäftigten.

GÜNTER SCHMITT



großflächigen Arbeitsplatzabbau fürchten. Unsere Probleme sind subtiler, aber dennoch belastend für die Kolleginnen und Kollegen. So wächst der Leistungsdruck, wird der leistungsabhängige Bonus dazu benutzt, Kollegen gegeneinander auszuspielen. Das darf nicht sein. Ich bin für Leistungsbereitschaft, aber nicht auf Kosten anderer. Ein anderes Ärgernis ist das bei uns verbreitete Denglisch, die Mischung aus Deutsch und Englisch, die das Arbeiten unnötig kompliziert. Einige Kollegen des Betriebsrates, darunter auch ich, haben konkrete Veränderungsvorschläge gemacht, von denen wir annehmen, dass sie berücksichtigt werden. Die Resonanz aus Kollegenkreisen zu diesem Thema auf Betriebsversammlungen war positiv.

■ Sie war ein voller Erfolg – für mich vor allem deshalb, weil sich die Zahl der ver.di Mandate von vier auf sechs erhöht hat. Ohne der IG BCE gegenüber überheblich zu sein, ist das den glaubwürdigen Argumenten zu danken, mit denen ver.di bei uns angetreten ist. Der Übergang von der DAG in die fusionierte Großgewerkschaft ist in diesem Hinblick gelungen.

▲ Glücklicherweise sind wir von einschneidenden Konflikten verschont. Schering geht es wirtschaftlich wirklich gut. Im Gegensatz zu anderen Unternehmen muss niemand Insolvenzen oder

● Zur Zeit bin ich im Gespräch als freigestelltes Betriebsratsmitglied und eventuell als stellvertretender Vorsitzender. Zwar bin ich mit diesem Vorsatz nicht angetreten, aber reizen würde mich diese Aufgabe natürlich. Am 6. Mai entscheiden wir darüber. Obwohl ich schon 27 Jahre lang Betriebsratsarbeit mache, hätte ich – dafür freigestellt – dann natürlich mehr Zeit, mich um die spezifischen Probleme der Kollegen zu kümmern. Meine Bitte aber geht auch an ver.di, sich nach der Neustrukturierung wieder mehr den Betrieben und der Basis zuzuwenden. Wir brauchen wirklich Präsenz und Unterstützung, vor allem wenn – wie bei uns – mehrere Gewerkschaften im Unternehmen vertreten sind. Das Prin-

N IEREN ERESSEN !

zip – ein Betrieb, eine Gewerkschaft – ist bei uns so nicht durchzusetzen, das ist historisch einfach anders gewachsen. Die nächste Wahl wird zeigen, ob es bereits eine solide Basis für ein Zusammengehen der Gewerkschaften unter dem Dach des DGB gibt. **be**

SIEGFRIED WOLFF



Siegfried Wolff, 59, Betriebsratsvorsitzender, Buchbinderei Herbert Hensch,

Der neu gewählte Betriebsrat hat wieder drei Mitglieder. Sie vertreten die Interessen von 43 Beschäftigten.

■ Eine abgeschlossene Wahl ist immer ein Erfolg. Wir konnten diesmal erstmals offiziell nach dem verkürzten Wahlverfahren wählen. Die beiden anderen Betriebsratsmitglieder sind neu im Amt, müssen also noch geschult und entsprechend angeleitet werden. Ich sehe es aber als wesentlichen Erfolg, dass wir die

Kontinuität wahren und wieder eine Interessenvertretung wählen konnten. In so einem Handwerksbetrieb wie unserem ist das nicht unbedingt selbstverständlich. Viele haben übergroßen Respekt vor dem Chef.

▲ Unser Juniorchef will investieren, eine neue Klebender-Anlage anschaffen und dann zum Zwei-Schicht-Betrieb übergehen. Dazu sind unsere angestammten Räumlichkeiten bei Lüderitz & Bauer zu klein, und ein Umzug nach Neukölln steht zum 1. September an. Die Veränderungen, die die neuen Arbeitszeitregelungen, die bisherigen übertariflichen Zulagen, aber auch soziale Belange betreffen, sollten in Betriebsvereinbarungen geregelt werden. Erste Gespräche dazu sollen jetzt stattfinden. Es muss sich erweisen, wie kompliziert die Verhandlungen sich gestalten werden. Da geht es auch um Alleinerziehende, Frauen oder ältere Mitarbeiter, für die Schichtarbeit schon Probleme mit sich bringt. Auf jeden Fall hätte ich die Regelungen gern vor dem Umzug in Papier und Tüten.

● Die Betriebsvereinbarungen sind mir persönlich sehr wichtig, auch wenn ich meine Betriebsratskollegin und meinen -kollegen fest einbeziehen möchte. Persönlich liegt mir auch die Sache mit den Tarifen sehr am Herzen. Das ist im Handwerk ein bundesweites Problem. 1997 gab es die letzte tarifliche Lohnanhebung. Später hat der Bundesverband der Buchbinderinnungen nur noch „Empfehlungen“ über zweiprozentige Steigerungen herausgegeben, an die sich niemand halten musste. Im vergangenen Jahr gab es nicht einmal mehr das. Auch wenn bei Hensch die Steigerungen als übertarifliche Zahlungen wirksam geworden sind, ist das insgesamt kein Zustand. Da will ich als Mitglied der Tarifkommission Handwerk unbedingt etwas tun. **neh**

Petra Pulver, 45, Betriebsratsvorsitzende, Axel Springer Verlag AG/Ullstein GmbH und Ullstein Media Marketing GmbH, Verlagshaus Berlin

Der 15köpfige Betriebsrat tritt rund 1400 Verlagsbeschäftigte und Mitarbeiter in den Redaktionen von „Bild“ Berlin-Brandenburg, „Berliner Morgenpost“, B.Z., „Welt“ und „Welt am Sonntag“.

PETRA PULVER



■ Erfolg würde ich vor allem an der hohen Wahlbeteiligung von etwa 60 Prozent festmachen. Damit hatten wir gar nicht gerechnet, und daraus leitet sich für uns als Interessenvertreter eine besondere Verpflichtung ab. Wichtig ist auch die Tatsache, dass wir statt bisher drei erstmals einen gemeinsamen Betriebsrat für den Berliner Standort haben, wovon wir uns Erleichterungen für unsere Arbeit und eine bessere Vertretung von Beschäftigteninteressen versprechen. Von der aufgestellten ver.di-Liste haben zehn Kandidaten den Sprung in den Betriebsrat geschafft. Hier sind jetzt alle Objekte des Berliner Hauses vertreten. Die Zusammensetzung unseres Gremiums stellt auch eine gute Mischung der verschiedenen Berufsgruppen und von Frauen und Männern dar. Ich denke, dass man damit gut arbeiten kann. Der Wahlvorstand hat seine schwierige Aufgabe perfekt gelöst. Alles war bestens vorbereitet.

▲ Ich sehe drei besonders dringliche Aufgaben. Die akuteste steht im Zusammenhang mit der Zusammenlegung von „Welt“ und „Berliner Morgenpost“. Hier geht es für uns schon seit Wochen um die Sicherung von Arbeitsplätzen. Wir kämpfen um jeden Arbeitsplatz, versuchen die Folgen der Rationalisierung aufzufangen, durch Umsetzung von Mitarbeitern Arbeitsplätze zu erhalten. Das ist schwierig, weil im ganzen Konzern abgebaut wird. Auf jeden Fall wollen wir betriebsbedingte Kündigungen verhindern. Die zweite Aufgabe: Im Zusammenhang mit der so genannten „Riester-Rente“ werden wir die Arbeitgeberseite auffordern, ein betriebliches Modell der Altersversorgung zu vereinbaren. Das ist ein ganz aktuelles Pro-

blem, das wir gemeinsam mit dem Gesamtbetriebsrat angehen wollen. Drittens wollen wir ein Kinderbetreuungsprogramm initiieren, damit Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Arbeit und Familie besser vereinbaren können. Bei Springer Hamburg ist man schon dabei, in Kooperation mit anderen Großbetrieben ein „Kinder-Notfall-Hotel“ einzurichten. So etwas wollen wir in Berlin auch schaffen.

● Ich war bisher als Betriebsratsvorsitzende von „Welt“ und „Welt am Sonntag“ für rund 350 Beschäftigte zuständig, da war die Aufgabe überschaubarer. Ich setze mich jetzt aber dafür ein, dass die zu Recht hohen Erwartungen, die unsere Wähler in ein gemeinsames Gremium setzen, auch erfüllt werden. Das wird nicht leicht, bedeutet wahnsinnig viel Arbeit, aber dafür sind wir schließlich angetreten. Für mich heißt das vor allem, zu integrieren und den Kontakt zu den Mitarbeitern in den verschiedenen Redaktionen und Abteilungen weiter aufzubauen. Das ist wichtig, um zu erfahren, wo die konkreten Probleme liegen, und zu beraten, wie sie praktisch zu lösen sind. **neh**

ERFOLGREICH GEWÄHLT

Bei der Berliner Festspiele GmbH wurde erstmals ein siebenköpfiger Betriebsrat gewählt.

Einen großen Erfolg verbuchten ver.di-Betriebsräte bei der Stiftung Warentest. Hier wurde erstmals eine Listenwahl durchgeführt. Die ver.di-Liste konnte sich bei über 80prozentiger Wahlbeteiligung mit 73,9 Prozent der Stimmen durchsetzen. Im neunköpfigen Betriebsrat arbeiten nun sieben ver.di-Mitglieder.

Im Schlossparktheater gibt es erstmals einen Betriebsrat mit fünf Mitgliedern.

Der concept-Verlag hat neuerdings einen Betriebsrat mit drei Mitgliedern.

Ein dreiköpfiger Betriebsrat tritt erstmals bei Enka-Druck die Belegschaftsinteressen.

Auf den Zahn gefühlt

Cottbuser ver.di-Gewerkschafter befragen Bürgermeister-Kandidaten

Die brandenburgischen Bürgermeisterwahlen im Februar und März hatten es in vielen Städten und Gemeinden in sich: Die Qual der Wahl hatten die Wählerinnen und Wähler oft doppelt, erst am ersten Wahltag und dann bei den Stichwahlen Mitte März. In Cottbus war das Rennen um das höchste Amt in der zweitgrößten brandenburgischen Stadt schon im Sommer letzten Jahres entbrannt und dann über Monate offen. Der Ausgang ist bekannt: Die CDU stellt nach 13 Jahren nicht mehr den Oberbürgermeister, es ist jetzt eine Frau: Karin Rätzel (55), im Dezember 2000 von den Stadtverordneten als SPD-Finanzbeigeordnete aus dem Amt gejagt und nun mit satten 66 Prozent der Wählerstimmen (bei leider nur 42 Prozent Wahl-

beteiligung) als parteilose Chefin ins Rathaus zurückgeholt.

In Cottbus waren acht Bewerberinnen und Bewerber für das kommunale Spitzenamt angetreten – ein brandenburgischer Rekord. Die aktiven Cottbuser ver.di-Senioren und Gewerkschaftssekretär Norbert Paas organisierten zwei Diskussionsrunden und zeigten den Politikern, wo sie die Schuhe drücken: Unzureichende oder grotesk überdimensionierte Einzelhandelsversorgung in manchen Stadtteilen, mangelhafte Sauberkeit und Ordnung in der Stadt. Seniorenprobleme, wie sie in der Wahlwerbung meist nicht angesprochen worden waren. Als nach dem 24. Februar Karin Rätzel und Markus Derling (CDU) als die Stichwahl-Kandidaten feststanden, hatte wiederum ver.di



Foto: Michael Helbig

Duell der beiden Stichwahlkandidaten Markus Derling (CDU) (links) und Karin Rätzel (unabhängige Kandidatin) (rechts) Moderation: Heinz-Dieter Walter, ver.di-Mitglied und Journalist (Mitte).

die Nase vorn: Die beiden Wettbewerber trafen sich zum einzigen Direkt-Duell im Stich-Wahlkampf als Gäste der Gewerkschaft, andere Direkttreffen waren abgesagt worden, und wurden von Mitgliedern Cottbuser Betriebs- und Personalräte auf Herz und Nieren getestet. Immerhin ging es für viele ver.di-Gewerkschafter in städtischen Be-

trieben um die Wurst: Die Stadt will, um ihre leeren Kassen aufzufüllen, Anteile städtischer Unternehmen versilbern. Welche Zukunft haben Beschäftigte? Deren Wohl, so versicherten die Duellanten, werde stets beachtet. Und künftig soll ihr Schicksal nicht mehr rätselhaft sein. ver.di wird es prüfen.

Heinz-Dieter Walter

Kampagne für ein „Freies Radio“ in Berlin

Förderung lokalbezogener Kommunikation und Vernetzung der Stadt

Seit Anfang des Jahres gibt es in Berlin wieder regelmäßig Aktionen und Treffen von unterschiedlichen Menschen und Initiativen, die sich zu einer „Radiokampagne“ zusammengefunden haben, um sich erneut um eine UKW-Frequenz für ein „Freies Radio“ zu bemühen.

Die Bandbreite der Forderungen und Ansichten zum Thema „nicht-kommerzieller Lokalfunk“ innerhalb der „Radiokampagne“ sind dabei so vielfältig wie die beteiligten Leute selbst. Ein großer Teil hat bereits durch die Arbeit bei Freien Radios Erfahrungen sammeln können und vermisst diese Form in Berlin schmerzlich. Andere senden im Hörfunk des Offenen Kanals, sind aber mit der kaum bekannten Kabelfrequenz und dem unübersichtlichen Programmschema unzufrieden. An der „Radiokampagne“ beteiligen sich auch einige Piratenfunker, die gelegentlich in Stadtteilen ihre Vorstellung eines Radios senden, die sie weder im Offenen Kanal als bei den bestehenden

UKW-Radios verwirklicht sehen. Allen gemeinsam ist die Überzeugung, dass die Hauptstadt dringend ein Lokalradio ohne Werbung mit Beteiligung der vielen kulturellen Szenen und Gruppen braucht.

Es würde einen Einblick in die vielfältige Szenen Berlins mit verschiedensten Lebensweisen und Weltanschauungen ermöglichen, welcher nicht nur die Transparenz steigert und die Selbstdarstellung der Stadt verbessert, sondern auch gegenseitiges Verständnis, Demokratie und Medienkompetenz fördert.

Zudem leiden die lokalen Netzwerke und Subkulturen an der fehlenden Präsenz in den etablierten Medien. Ein offen zugängliches Freies Radio steigert jedoch zum einen die Vernetzung untereinander, zum anderen die Beachtung durch die Öffentlichkeit. Damit steigen Besucherzahlen von Veranstaltungen und der

Verkauf von Tonträgern, Büchern und Fanzines.

Jeder, der ernsthaft Interesse an einer Mitarbeit hat, kann sich ehrenamtlich beim Freien Radio

in einer der verschiedenen Redaktionen wie Kultur, Lokales, Politik, Medien, Frauen, Umwelt, Migranten usw. engagieren. In einer Gesamtedaktionskonferenz koordinieren dann Delegierte der einzelnen Fachredaktionen die Arbeit und beraten demokratisch über nicht unmittelbar redaktionelle Dinge wie Sendezeitenverteilung, Veranstaltungen, Technik oder Finanzen. Des Weiteren gibt es Arbeitsgruppen für Öffentlichkeitsarbeit, Technik, Programmaustausch oder Finanzen, die der Gesamtedaktionskonferenz zuarbeiten.

Damit unterscheidet sich ein Freies Radio in seiner Organisations- und Mitarbeiterstruktur deutlich von Privatradios und öffentlich-rechtlichem Rundfunk sowie vom Offenen Kanal. Ziel ist

nicht die Gewinnmaximierung oder der Programmauftrag, sondern die engagierte, subkulturelle, unkonventionelle und lokalbezogene Kommunikation und Vernetzung der Stadt. Einer Bürgerinitiative gleich suchen die Leute der „Radiokampagne“ nun das Gespräch mit allen Beteiligten. Politiker, Journalisten, Gewerkschafter, Streetworker, natürlich auch interessierte Bürgerinnen und Bürger und viele andere mehr werden aktiv angesprochen, um das Thema „Freies Radio in Berlin“ zu einem Stadtgespräch zu machen und alle Ideen und Vorschläge zu diskutieren.

Unterstützt werden sie dabei von den Freien Radios aus elf anderen Bundesländern, die im „Bundesverband Freier Radios“ zusammengeschlossen sind. Diese wurden bisher mit bis zu 640.000 DM pro Sender und Jahr aus dem im länderübergreifenden Rundfunkstaatsvertrag vorgesehenen zwei Prozent-Anteil der GEZ-Gebühren unterstützt.

Oliver Pritzkow

Thema zum Stadtgespräch machen

Als die Konflikte aufbrachen, war connexx da

Zum Jahreswechsel wurde das ver.di Projekt für die Betreuung der Neuen Medien, des privaten Rundfunks, der audiovisuellen Produktionen und der Filmbranche connexx.av aufgestockt und bis 2004 verlängert. Neu an der Berliner Adresse im Haus der Buchdrucker in der Dudenstraße, doch erfahren in diesem Geschäft sind Meike Jäger und Katja Karger.

Meike Jäger schloss, als sie mit connexx.av Mitstreiter Olaf Hoffmann die Plätze tauschte und zu Jahresbeginn von Hamburg nach Berlin wechselte, ein Abo fürs Fitnesscenter ab. Zusammen mit ihrem in Potsdam arbeitenden Lebensgefährten wollte sie ihren hauptstädtischen Alltag sportlich angehen, Ausgleich schaffen fürs viele Sitzen und Fahren von Termin zu Termin. Ganze dreimal hat sie es bisher zum Training geschafft. Seit Wochen hält die Pleite der Kirch-Media die bundesweit nunmehr acht connexx.av Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Atem. Das sind zusätzliche Stunden zur „ganz normalen“ Kontakt- und Beratungsarbeit – zu Tarif-, Honorar- und Rechtsfragen, zur Gründung von Betriebsräten. Aber was ist normal in einer Zeit der Einbrüche in der New Economy, der Umbrüche einst als klassisch geltender Branchen?

Katja Karger kam vor wenigen Wochen genau aus dieser Praxis. Als Vorsitzende des Betriebsrates vom Internet-Dienstleister Pixelpark, der als einer der ersten in der Branche bundesweit Schlagzeilen machte, hat sie Geschichte mitgeschrieben. Obwohl sie solche Begriffe von sich weisen würde, darf sich die 33-Jährige wohl in dieser Beziehung als eine mit allen Wassern Gewaschene betrachten. Geradezu prädestiniert für die Arbeit beim ver.di Projekt – zumal sie auch auf fünf Jahre Erfahrung als Redaktionsassistentin und Betriebsrätin im privaten Rundfunk bei Radio FFN zurückgreifen kann. Insofern weiß sie, was sie hier erwartet.

„Wenn connexx nicht das wäre, was es ist, hätte ich das nie gemacht,“ formuliert sie ein wenig kryptisch. Ein Apparat mit festgefühten Strukturen wäre wohl nichts für sie.

Auch Meike liebt den Spielraum, das Ausprobieren. Die heute 38-Jährige stieg Ende der 80er Jahre aus einem großen Marketing-Unternehmen in Frankfurt am Main aus und begann mit einem Soziologiestudium ganz was anderes. Für connexx.av – in Hamburg war sie schon beim 2001 integrierten IG-Medien Vorläuferprojekt T.I.M. Telekommunikation, Informationstechnologie und Neue Medien dabei – kann sie Kenntnisse aus so unterschiedlichen Fachgebieten gut brauchen. Auch die Erfahrungen aus gewerkschaftlicher Bildungsarbeit sind ein Plus, um Geschäftsleitungen gewachsen zu sein und Beschäftigten voran zu helfen.

Dabei muss – und das war einer der Gründe für spezielle Betreuung der New Media Unter-

Mit anderen Maßstäben messen

nehmen, des Privatfunks und der Filmbranche – mit anderen Maßstäben gemessen werden. Behutsam vorgehen, zuhören und bisher geltende Verhaltensweisen überprüfen, so sieht das gesamte connexx.av-Team seinen Job. Katja Karger findet nichts Schlechtes im unternehmerischen Selbstverständnis und den anderen Wertevorstellungen der Beschäftigten, die in flachen Hierarchien arbeiten und sich lange im gleichen Boot wie die Geschäftsführungen wähen. „Aber wenn sie miteinander älter geworden sind und sich Probleme auftun, müssen sie Konfliktbereitschaft entwickeln, brauchen wie alle anderen auch die Kommunikation, suchen rechtliche Beratung, fragen nach Interessenvertretungen. Es wächst das Bedürfnis nach Tarifverträgen, Arbeitszeitregelungen, Standards. Und da kommt



Foto: transit/v.Polentz

Neu im Berliner connexx.av-Büro: Katja Karger (li) und Meike Jäger.

connexx.av ins Spiel.“ Dass Katja – wie bei der Betriebsratsgründung von Pixelpark als Pilotprojekt – Kampagnen über E-Mails organisiert, ist inzwischen branchentypischer Standard moderner Gewerkschaftsarbeit geworden. Dennoch, so sagen beide connexx-Frauen, sei von den klassischen Bereichen wie den Druckern oder Metallern viel zu lernen, was Aktionen oder die Organisation von Kampagnen betraf.

Der Start des ver.di Projektes vor reichlich zwei Jahren kam genau zur rechten Zeit. Meike erinnert sich, dass noch T.I.M. mit vergleichsweise wenigen Problemen konfrontiert war. „Als die Konflikte aufbrachen, die ersten Betriebe ins Trudeln kamen, waren wir als Ansprechpartnerinnen da. Bald hatten wir großen Zulauf.“

Etwas 60 Betriebsräte wurden mit Hilfe von connexx.av in New Media Unternehmen, im privaten Rundfunk und in der Filmbranche gegründet. Dazu kommen unge-

Gewerkschaft wird wahrgenommen

zählte Beratungsgespräche, Auskünfte per Telefon und E-Mail. Für Bereiche, in denen Gewerkschaft anfangs kaum wahrgenommen wird, ist das ein gutes Ergebnis, das die Projektverlänge-

rung rechtfertigt, finden Katja und Meike. Im Vordergrund steht für beide immer die Frage, wie kann geholfen werden. Deshalb werden sie ihre Zuständigkeiten auch nicht voneinander abgrenzen. Gerade in übergreifender Teamarbeit, im Zusammenspiel, das bereits auf Zuruf klappt, sehen sie den besonderen Reiz ihrer Arbeit. Durch Kompetenz wollen sie Gewerkschaft plausibel machen. Die Frage nach einem Eintritt wird den betreuten Nichtmitgliedern viel später gestellt. Über 70 Prozent füllen dann – zumeist per E-Mail – ihren Aufnahmeantrag aus. Seit Projektbeginn kamen mehr als 1500 neue Mitglieder hinzu.

Derzeit gehen die beiden connexx.av-Frauen daran, ein Netzwerk für Erfahrungsaustausch und Zusammenarbeit zu knüpfen. Sie wollen einen regelmäßigen Stammtisch ins Leben rufen, eine sommerliche Media-Analyse-Party veranstalten, zum Betriebsrats-Bier laden, beim Filmverband und anderen Partnern an die Tür klopfen, zum Multimedia-Branchen-Brunch im Juni Protagonisten zusammenbringen... Vor allem aber wollen sie sehr viele persönliche Kontakte aufbauen. Sie wissen schon, dass sich ihr Arbeitstag wieder weit jenseits eines Acht-Stundentages bewegen wird. „Aber das ist weniger Last als Lust.“ **Bettina Erdmann**

Berlin würgt ab, streicht und kürzt

Kultur und Bildung sollten von den Einsparungen ausgenommen werden. So hieß es zuerst. Dann sollten sie nur relativ weniger gekürzt werden. Doch die sogenannten „Sparbeschlüsse“ wirken sich überall aus: Musikschulen, VDM, Landesjugendorchester, Landesmusikakademie, „Jugend musiziert“. Wir berichten über die betroffenen Einrichtungen und vor allem über den Widerstand, der sich regt und schon Erfolge verbuchen kann.

Ruhe zwischen den Stürmen

Die alarmierendsten Meldungen kamen aus Marzahn-Hellersdorf: Bürgermeister Uwe Klett (PDS) forderte die Schulstadträtin Köhnke (SPD) schriftlich auf, „vorsorglich“ alle Honorarverträge und Schülerverträge zu kündigen. Gemeint waren offensichtlich Honorarkräfte aus den verschiedensten Bereichen. Die Musikschule des Bezirks ist in hohem Maße auf die Honorarlehrer angewiesen, ohne diese wäre sie kaum lebensfähig. Orchesterarbeit, Studienvorbereitung und viele Instrumentalfächer könnten nicht mehr angeboten werden.

Der Förderverein hat schnell und tatkräftig reagiert. Um ihn herum gruppiert sich der Widerstand von Eltern, Schülern und Lehrern, der auch von „ver.di“ unterstützt wird. Mit einer musikalischen Aktion vor Beginn der BVV-Sitzung am 21. März wurden Politiker und Pressevertreter unmittelbar mit dem Protest der Betroffenen konfrontiert. Parallel dazu wurde eine Unterschriftenaktion gestartet. Eltern sprachen mit den politisch Verantwortlichen.

Mit (vorläufigem) Erfolg: Die „vorsorglichen“ Kündigungen wurden nicht vorgenommen. Nun muss der Bezirkshaushalt aufgestellt werden; dabei werden die politischen Entscheidungen getroffen. Die Besorgnisse bestehen fort. Hatte doch Bezirksbürgermeister Klett bereits einmal in Hellersdorf eine Privatisierung der Musikschule vorbereiten wollen...

Im Würgegriff der Senatsbeschlüsse

Die Abwesenden hatten die schlechtesten Karten beim Sparpokker des Berliner Senats. Konnte noch mancher Senator geplante Streichungen abwenden, blieb es bei den Kürzungen der Bezirks-

haushalte – obwohl mehrere Bezirksbürgermeister schon vorher mit einer Verfassungsklage gedroht hatten, wenn der Etat nicht einmal die Erfüllung der gesetzlichen Aufgaben abdeckt.

Der Senat überlässt es den Bezirken, über die Verteilung der Streichungen zu entscheiden. Aber ihnen bleiben fast keine Spielräume für vernünftige Entscheidungen. Jede Musikschule muss bangen. Beispiel Tempelhof-Schöneberg: Dass dem Bezirksamt die Arbeit der Musikschule wichtig ist, zeigt sich an der Absicht, die Honorarmittel ungekürzt zu belassen und damit keinen Musikschulplatz zu streichen. Jedoch wird der Sachmitteletat um 78 Prozent gekürzt. Schon bisher lag der Etat weit unter dem Landesdurchschnitt. Jetzt können die Instrumente nicht gestimmt und gewartet werden, das Büro hat kein Papier. Elementare Anforderungen an die Arbeitsfähigkeit der Musikschule werden nicht mehr erfüllt.

„Musikschule im Untergrund“

Darum haben die Lehrer der „Leo Kestenberg Musikschule“ eine musikalische Demonstration in den U-Bahnhöfen Tempelhofs und Schönebergs vorbereitet: Mit öffentlichem Unterrichten, Konzertieren, mit Schülervorspielen unter den Augen (und Ohren) der Bürger des Bezirks.

Solo für Böger

Hier streicht der Chef – Senator Böger. Er will die Finanzierung des Landesjugendorchesters, des Jugendstreicherorchesters und des Wettbewerbs „Jugend musiziert“ mit insgesamt 100.000 € zum 1. November einstellen. Damit ist der Fortbestand der Orchester unmittelbar bedroht. Der Präsident des Landesmusikrats, Christian Höpp-

ner, befürchtet auch ein Ende von „Jugend musiziert“. In einer Presseerklärung nennt es Höppner „absurd, kontraproduktiv und kostenträchtig zugleich, Sozialpolitik nur unter dem Gesichtspunkt der Therapie von Fehlentwicklungen zu sehen und den wesentlich wichtigeren – auch kostengünstigeren – präventiven Aspekt vollkommen zu vernachlässigen.“

Informationspool

In diesen Tagen sind aktuelle Informationen wichtiger denn je. Was sehen die Haushaltsentwürfe vor? Wo regt sich Widerstand? In welchen Punkten gibt es politische Unterstützung? Was stand in der Presse? Die Homepage der Fachgruppe Musik könnte zu einem Informationspool für aktuelle Texte, Stellungnahmen, Resolutionen, Unterschriftenaktionen, aber auch für amtliche Verlautbarungen, Statistiken aus der Senatsverwaltung werden – kurz für alle Informationen, die man in Zeiten der Spar- Kürzungs- und Kahlschlagspolitik zur gewerkschaftlichen Interessensvertretung vor Ort brauchen kann.

Voraussetzung: Möglichst viele machen uns entsprechende Texte zugänglich. Am besten als Textdatei. Aber notfalls probieren wir es auch mit jedem anderen Format und präsentieren es auf unserer Seite unter der Adresse: „www:fg-musik.de“

Gestatten Sie,

dass wir protestieren? Diese Frage bewegt zur Zeit viele Musikschullehrer und -lehrerinnen. Gerade manche Angestellte meinen, sie dürften sich nicht öffentlich gegen Pläne ihres Arbeitgebers wenden, selbst wenn es Kündigungspläne sind. Aber auch für sie gelten das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung und das Demonstrationsrecht. Die Tarifverträge sind nicht von Förderver-



einen und Freundeskreisen, sondern von demonstrierenden und streikenden Arbeitern und Angestellten erkämpft worden ...

Betriebsbedingte Kündigungen

Angestellte des Landes Berlin sind vorerst vor betriebsbedingten Kündigungen sicher. Aber die Angestellten der Landesmusikakademie und des „FEZ“, des Freizeit- und Erholungszentrums in der Wuhlheide, hatten 1995 der Überführung in eine gemeinnützige Betriebsgesellschaft des Landes Berlin zugestimmt. Bis dahin waren mehr als die Hälfte der ursprünglich 360 Stellen abgebaut worden. Nun droht eine weitere Halbierung, und die Bediensteten einer Betriebsgesellschaft sind erstmals von betriebsbedingten Kündigungen bedroht. In einem Offenen Brief an den Regierenden Bürgermeister Klaus Wowereit äußert der Betriebsrat die Befürchtung, dass bis 2004 von den 117 verbliebenen Stellen 53 betroffen sein könnten.

Das Angebot der Landesmusikakademie für 2002 ist gesichert. Danach ist auch hier mit Einschnitten und drastischen Kostensteigerungen zu rechnen.

Landesarbeitsgemeinschaft Musikschulen

Das erste Sparopfer war – wir berichteten darüber – der Landesverband des VDM. So lange der Prozess um die Beitragshöhe andauert, gibt es keine Mitgliedschaft Berlins im VDM. Die Musikschulleiter haben daraufhin unter dem Dach des Landesmusikrates eine „Landesarbeitsgemeinschaft Musikschulen“ gegründet. Bis auf Reinickendorf sind alle Bezirke vertreten.

Bewusst Grenzen setzen und akzeptieren

VS Brandenburg in ver.di: Mensch und Natur im 21. Jahrhundert

„Die Sehnsucht nach Stille, Ruhe und Weite wird kommen.“ Dies prophezeit Prof. Michael Succow, bekannt als ehemaliger stellvertretender Umweltminister der DDR im Jahre 1990 und Begründer des DDR-Nationalparkprogramms.

„Wir brauchen die ländlichen Gebiete, müssen zurückfinden zur Natur“, ließ er seine Zuhörer während einer Veranstaltung des VS Brandenburg und von ver.di Berlin-Brandenburg, Fachbereich Medien/Kunst/Industrie, am 11. April 2002 wissen. Kein Stuhl im Saal der Stadt- und Landesbibliothek Potsdam blieb leer. Gebannt lauschten die Gäste, was der engagierte Naturschützer und Ökologe zum Thema „Mensch und Natur im 21. Jahrhundert“ zu sagen hatte. Ein Stoff, der zum tiefen Nachdenken, Zweifeln und Hoffen herausfordert. „Die Zivilisation besteht nur eine begrenzte Zeit, währt nicht ewig“, bemerkte Succow nüchtern. „Auf uns kommt es an, dieses Fenster ein bisschen länger offen zu halten. Ihren Untergang verhindern, das können wir nicht.“ Gleichzeitig schöpft der Vizepräsident des Naturschutzbundes Deutschland (NABU) Mut, weil „ich spüre, dass es eine junge Generation gibt, die etwas verändern will, die sich mit Fun allein nicht mehr begnügt“. Zu Beginn seines Vortrages verwies der Professor auf das 2001 erschienene Buch „Die Krise



Foto: Renate Stiebitz

Steffen Bohl vom Landesumweltamt (links) mit Prof. Michael Succow

als Chance – Naturschutz in neuer Dimension“. Gemeinsam mit Dr. Lebrecht Jeschke und Dr. Hans Dieter Knapp unternahm der Wis-



senschaftsschriftsteller den „Versuch“, wie er selbst sagt, „Gedanken dazu, Meinungen, Ängste und Hoffnungen für ein breites Publikum aufzuschreiben“. Die Autoren plädieren darin für ein Ende der Naturzerstörung. Gleichzeitig seien sie „zutiefst überzeugt, dass die gegenwärtige Krise der Hochzivilisation, einschließlich ihrer Auswirkungen auf die Landnutzung, ..., Chancen für einen neuen dauerhaft tragfähigen Umgang mit Natur und Landschaft eröffnet“. Es werde darauf ankommen, das Verhältnis des Menschen zur Natur neu zu bestimmen, bewusst Grenzen zu setzen und zu akzeptieren.

Und so analysierte Succow schonungslos die gegenwärtige Lage in der Welt. Dabei kritisierte er, dass die wirklich knappen Güter wie Wasser nicht ihren Wert erhielten. Mobilität müsse teurer werden. „Schluss mit der subven-

tionierten Unvernunft in der Landwirtschaft! Schluss mit der Entwässerung und dem Ausbau der Flüsse!“, forderte er. Es gelte, regionale Wirtschaftskreisläufe zu entwickeln und Naturschutz als ökonomischen, ökologischen, sozialen und moralischen Anspruch zu betrachten.

„Wir wollen mithelfen, dass Naturschutz zur Existenzaufgabe für alle wird“, versicherte die Organisatorin der Veranstaltung und Künstlerin Dr. Ingrid Protze. Diese Veranstaltung war übrigens die zweite ihrer Art des VS Brandenburg, weitere sollen folgen. Letztendlich gehe es um ein Miteinander von Literaten, Künstlern und Wissenschaftlern, um bestimmte Prozesse zu analysieren und Wege für Veränderungen aufzuzeigen.

Etliche Besucher nutzten die Gelegenheit, das vorgestellte Buch „Die Krise als Chance – Naturschutz in neuer Dimension“ zu erwerben und von Prof. Succow signieren zu lassen. Es kostet 25,50 Euro und wurde vom Findling Verlag herausgegeben.

Mehrere Mitglieder des VS Brandenburg unterzeichneten zudem den Aufruf „Künstler und Schriftsteller fordern Moratorium für die Elbe“.

Renate Stiebitz

QUO VADIS

AUTORENKREIS
HISTORISCHER ROMAN
INS LEBEN GERUFEN

Mit QUO VADIS wurde am 24. Februar von dreizehn Autorinnen und Autoren aus dem Bundesgebiet ein Forum für jene ins Leben gerufen, die im Bereich historischer Roman, Erzählung oder fiktionale historische Hör- und Fernsehtexte arbeiten. Das sehr erfolgreiche Beispiel des SYNDIKATs der Krimiautoren zeigt, wie eine solche Interessengemeinschaft funktionieren und erfolgreich sein kann.

Zum Gründungswochenende kamen Bernd Schremmer, Harald Gröhler, Roland Adloff, Ilka Stitz, Barbara Zoecke, Ruben Wickenhäuser, Titus Müller, Mani Beckmann, Regine Kress-Fricke, Holger Wilkens, Olaf Kappelt, Joachim Braner und der Mitbegründer des Syndikats Horst Bosetzky.

Die Namenswahl fiel auf „Quo vadis“, angelehnt an jenen Klassiker des historischen Romans. „Wohin gehst du“: Hier nicht die Frage eines Legionärs aus Asterix, sondern die Einladung zum Austausch und das Entdecken künftiger Entwicklungen am literarischen Horizont. Dementsprechend hoffen die Gründer, damit ein Forum für Autorinnen und Autoren zu schaffen, das sowohl dem Austausch persönlicher Arbeitserfahrungen dient, als auch beispielsweise auf den Jahrestreffen Lesungen in der verzaubernden Atmosphäre historischer Orte ausrichtet. Im November wird die erste Vollversammlung stattfinden, bei der möglicherweise auch bezahlte Lesungen ausgerichtet werden können. Hier wird auch die Jury gewählt, die einen Literaturpreis „Historischen Roman 2003“ ausrichten wird. Eine QUO VADIS-Anthologie wird dort ebenfalls auf den Weg gebracht.

Ruben Wickenhäuser
Titus Müller

Sprecher des Autorenkreises

Unter <http://www.akqv.org> können Interessierte sich informieren und per Mail über qv@akqv.org oder über den VS Berlin Kontakt zum Autorenkreis aufnehmen.

VS-STAMMTISCH

Achtung! Änderung!

Seit März findet der VS-Stammtisch an jedem ersten Donnerstag im Monat, ab 19.00 Uhr, im „Terzo Mondo“, Grolmannstr. 28 statt. Das Terzo Mondo liegt sehr verkehrsgünstig, zwei Minuten vom U-Bahnhof Uhlandstraße (U 15) entfernt und ebenso nur wenige Minuten vom S-Bahnhof Savignyplatz (zu erreichen mit der S 5, 7, 75, 9, 3). Alle Kollegen sind herzlich eingeladen.

Fünf Stunden am Beschwerdetelefon

Tausende Anrufe zum bundesweiten Tag gegen Altersdiskriminierung

„Endlich jemand, der etwas gegen den Jugendwahn unternimmt“, meinte Bundestagspräsident Wolfgang Thierse, als ich ihm das Informationsmaterial zum ersten bundesweiten Beschwerdetag gegen Altersdiskriminierung in die Hand drückte. Was ihm wie anderen Regierungs-, Partei- und Gewerkschaftsgremien mitnichten Anlass war, diese auf den Buß- und Betttag gelegte Aktion zu unterstützen. Dazu fanden sich mehr als fünfzig Organisationen und Verbände bereit – von „Adelante! Netzwerk spanischsprechender Seniorinnen und Senioren in NRW“ bis zum Landesverband Berlin der Volkssolidarität, auch der ehrenamtliche DGB-Seniorenarbeitskreis beim Bundesvorstand und aus Thüringen als bundesweit einziges das Landesministerium für Soziales, Familie und Gesundheit.

Das Echo auf den Aufruf Kölner Gewerkschafter/innen des

Journalistenbüros „ZeitSprung“ war enorm. 4079 Anrufe gingen ein. Die Telekom, die in Berlin, Erfurt und Köln von 8-20 Uhr mehrere Apparate geschaltet hatte, konnte sich nicht beklagen, immerhin wurden pro Minute 24 Pfennig berechnet. Die Anrufer scheuten diese Kosten nicht.

In Berlin gab es zwei Beschwerdetelefone – im Büro der „Grauen Panther“ am Königstor und bei der Gewerkschaft ver.di in der Dudenstraße. Ehrenamtliche von der Volkssolidarität, der PDS, von ver.di und IG Metall wechselten sich ab. Ich habe selbst fünf Stunden am Telefon verbracht und erhielt 50 Anrufe. Bittere Worte fanden 18 Frauen und Männer zwischen dreißig und sechzig über ihre – trotz guter Qualifikation – schlechten Chancen auf dem Arbeitsmarkt. So kann man hierzulande schon mit 28 zu alt sein, um als IT-Programmierer eingestellt zu werden. Oft auch

zu alt für Weiterbildungen, oder man passt, wenn man um die fünfzig ist, nicht ins optische Konzept der Firma.

Anfang Dezember hatte das Bundesjustizministerium einen Gesetzentwurf gegen Diskriminierung im Alltag vorgelegt. Damit würde in Deutschland endlich eine EU-Richtlinie umgesetzt, die in anderen europäischen Ländern schon längst Gesetzeskraft hat – von den USA ganz zu schweigen, wo es seit mehreren Jahrzehnten eine rigide Gesetzgebung gegen jedwede Diskriminierung aus Altersgründen, auch im Berufsleben, gibt. Der deutsche Entwurf sah diesen Aspekt nicht vor, er musste vom Bundesarbeitsministerium nachgereicht werden.

„Man sollte den Strick nehmen, wenn man über 35 ist“, sagte eine 51jährige Rheinländerin. „Aber in Wirtschaft und Politik laufen lauter alte Männer herum und sacken noch hohe Gelder

ein, ehe sie abtreten!“ Neun Beschwerdeführer nahmen die Willkür von Behörden aufs Korn. Zwei Frauen berichteten über die unmenschliche Behandlung ihrer hochbetagten Mütter durch den Medizinischen Dienst und im Pflegeheim. Ein guter Teil sozialer Verantwortung liegt auch bei den Journalisten. Politiker pflegen pünktlich vor den Wahlen die Probleme der alternden Generation zu entdecken – man kennt das und nimmt es nicht ernst. Doch warum ist es so kompliziert, selbst in Publikationen der stetig mehr „ergrauernden“ Gewerkschaften Themen der Senioren und älteren Langzeitarbeitslosen unterzubringen?

Immerhin erhielten die Macher/innen einen Glückwunsch vom Chef der „Programme on Ageing“ der UNO, Alexander Sidorenko, der sich an den Ergebnissen des Beschwerdetages interessiert zeigte. Die sollen als Broschüre veröffentlicht werden. Jedoch ist erst knapp die Hälfte der für 3000 Exemplare benötigten Summe von 17 000 € vorhanden.

Edda Käding



OLF HAUSCHILD

27. AUGUST 1930 – 25. MÄRZ 2002

den Krieg geschickt. Bei Prag gerät er verwundet in Gefangenschaft und wird nach Hause entlassen – dieses Kriegserlebnis jedoch ist der Ansatzpunkt, der Olf zu einem Streiter für den Frieden und überzeugten Sozialisten macht. Den Oberschüler zieht es zum Theater; er arbeitet als Statist an der Bühne von Zittau, geht dann nach Berlin zur Schauspielschule. Seine Universität ist das Deutsche Theater, sein Mentor Wolfgang Langhoff, den er Zeit seines Lebens hoch verehrt. Im studentischen Praktikum wird Olf im Funkhaus in der Nalepastraße eingesetzt, wo er in den frühen fünfziger Jahren seine Berufung entdeckt. Als Mitglied der Sprechergruppe verleiht er seine Stimme den Themen, die ihm die liebsten sind: Politik und Kultur. 1961 heiratet er Ingrid, die ebenfalls beim Funk arbeitet. Zwei Kinder kommen, Peer und Kirsten. Und immer kümmert er

sich um seine Kollegen und deren Probleme.

Nach der „Wende“ haben wir uns mit Olf Hauschild in der IG Medien zusammen gefunden und ihn als engagierten Gewerkschafter, der er seit Anfang 1947 war, schätzen gelernt. Er war Gründer und unermüdlicher Motor der Seniorengruppe Funk mit mehreren hundert Mitgliedern und hat sich als rühriger Chef der Berlin-Brandenburger „Aktiven Senioren“ von IG Medien auch auf Bundesebene um das Zusammenwachsen der Mediensenioren aus Ost und West verdient gemacht. Als einer ihrer Mitbegründer war er bis zuletzt beim Aufbau der Seniorengremien von ver.di in Berlin und Brandenburg dabei.

Olf kochte fabelhaft und reiste gern – mit Ingrid oder auch allein, und mit seinen Rundfunk-Senioren. Für sie organisierte er zweimal im Jahr Urlaube im Jour-

nalistenheim in Zypern, Stadtfahrten ins In- und Ausland, die auch immer Bildungsreisen waren und das Kennenlernen verschiedener Medien einschlossen, so des ZDF in Mainz, wie auch gesellige Silvesterreisen. Von jeder Tour schickte er uns eine fröhliche Ansichtskarte.

Immer guten Mutes und zu Scherzen aufgelegt, stets hilfsbereit, nie besserwisserisch, eher fragend und nach Antworten suchend – so haben wir Olf Hauschild im letzten Sechstel seines Lebens gekannt. Im Tagebuch seiner Kubareise Ende 2001 tauchte plötzlich der Gedanke an das Sterben auf. Wir erschrecken beim Lesen und schoben das Thema schnell beiseite, wie er selbst es auch getan hatte. „Olle Olf“, mit jugendlichem Elan mitdrin im Leben und im Kampf, würde uns noch lange ein guter Gefährte sein.

Nun hat er uns doch schon verlassen. Seine Stimme schweigt, aber vergessen ist er nicht. Uns bleiben die Fotos und noch mehr gute Erinnerungen. Tschüss, lieber Olf!

E. und J. Käding

JOURNALISMUS

Die **bundesdeutschen Presseausweise** können montags bis donnerstags von 8.30 bis 16.30 Uhr. (Tel: 030/78 80 09 29) und die **Presseausweise der IOJ jeden zweiten Dienstag im Monat von 13 bis 15 Uhr** im Gewerkschaftshaus verlängert werden. (Tel: 030/78 80 09 34).

Journalistenstammtisch jeden vierten Montag im Monat ab 19.30 Uhr am Fuße des Berliner Verlages im Kartoffelhaus „Der Alte Fritz“ (Karl-Liebnecht Str. 29, U/S-Bahn Alexanderplatz). Nächste Termine: **27. Mai** und **24. Juni**.

1. MAI 2002

Maifest auf dem Potsdamer Alten Markt von 10 bis 18 Uhr

– veranstaltet DGB, PDS, SPD, Bündnis 90/Die Grünen

09.30 Uhr Maidemonstration

– Treff: Brandenburger Tor
10.30 Uhr Maikundgebung mit Detlef Baer (DGB Regionalvorsitzender Mark Brandenburg) und Rolf Steinmann (Bundesvorstandsmitglied IG Bau)

16 Uhr Markt der Möglichkeiten Petra Zieger und Band (bereits am 29. 4. 19 Uhr Konzert gegen Rechts) www.maifest-postdam.de

Demonstrationszug zur Kundgebung in Berlin – 9.30 Uhr

Treffpunkt Pariser Platz (Brandenburger Tor), 10 Uhr Start, 11 Uhr Kundgebung Rotes Rathaus: Begrüßung durch Dieter Scholz, DGB-Vorsitzender Berlin-Brandenburg, Hauptredner: Klaus Zwickel, IG Metall-Vorsitzender

12.30 Uhr Maifest vor dem Roten Rathaus und um den Neptunbrunnen mit Musik, Kinderprogramm, Spaß und Unterhaltung

Tanz in den Mai am 30. April ab 17 Uhr vor dem Roten Rathaus – DGB-Jugend-Party ab 19 Uhr.

AG AKTIVE ERWERBSLOSE

Der Bezirkserwerbslosenausschuss von ver.di Berlin trifft sich **jeden 2. und 4. Donnerstag** im Monat jeweils **um 17.30 Uhr** (bis 20.30 Uhr) im ver.di-Haus Berlin-Mitte 10179 Berlin, Engeldamm 70, meist R.301. Tel: 23121-310/ 311; Fax: -633; ehrenamtliche Sprecher Olaf Zygalsky (Tel: 782 13 34), Karin Brandt, Arno Paulus.

Die **Redaktion B.A.M.M.** (Arbeitslosenfernsehen) trifft sich **jeden Mittwoch** und die **Redaktion A.I.D.A. jeden Montag jeweils 16 Uhr** in der Medien Galerie. Im OKB (Offenen Kanal Berlin -SK8) sind die Sendungen mit Informationen rund um den Berliner Arbeitsmarkt jeden Montag ab 17 Uhr und jeden Sonntag ab 22 Uhr zu sehen.

LITERATUR

Der **VS-Stammtisch** findet jeden **ersten Donnerstag** im Monat, ab **19.00 Uhr**, im „Terzo Mondo“, Grolmannstr. 28, statt. Das Terzo Mondo liegt sehr verkehrsgünstig, zwei Minuten vom U-Bahnhof Uhlandstr. (U 15) entfernt und ebenso nur wenige Minuten vom S-Bahnhof Savignyplatz (zu erreichen mit der S 5, 7, 75, 9, 3).

Salon im Grünen am 7. Mai 19.30 Uhr, im Kulturring in Berlin e.V./Kulturbund Treptow, Ernststraße 14/16, 12437 Berlin-Baumschulenweg „Zwei Österreicherinnen in Berlin“ – Lesung und Gespräch mit Susanne Alge und Birgit Müller-Wieland

2. Lesemarathon des Berliner VS – Berliner Schubladen mit Poetenball:

27. Mai: „Meldungen aus dem Milieu“ – Texte aus der Berliner Kiez- und Subkultur, Dussmann – das Kulturkaufhaus – Friedrichstraße 90, Beginn: 16.00 Uhr

28. Mai: „Wilde Weiber reißen den Mund auf“ in der Dorotheenstädtischen Buchhandlung, Turmstr. 5, Beginn: 20.00 Uhr

29. Mai: „Wilde Traumläuse“ – Autoren lesen für Kinder im Atrium im Märkischen Viertel, Senftenberger Ring 97, Beginn: 11.00 Uhr

30. Mai: „Berliner Fiktionen“ – Erotiknacht im Café An einem Sonntag im August, Kastanienallee 103, Beginn: 21.00 Uhr

31. Mai: „Poetenball“ im Carrousel-Theater. Weitere Infos in der Geschäftsstelle, Telefon: 030-788 009 43

LANDESBEZIRK

Medien Galerie

Ausstellung: „Der Krieg begann nicht am 11. September“ Texte und fotograf. Arbeiten von Mitgliedern der Arbeiterfotografie Köln in der Medien Galerie **bis zum 17. Mai**. Tel: 02 21/7 27 999; Fax: 02 21/7 32 55 88, eMail: arbeiterfotografie@t-online.de; www.arbeiterfotografie.com

SENIOREN

Seniorengruppe Funkhaus: 26. Juni Dampferfahrt von **10 bis 15 Uhr**. Abfahrt: Tegel, Greenwich-Promenade Brücke 3 (500 Meter entfernt vom U-Bahnhof Alt-Tegel)

Gerhard-Eisler-Kreis: Treff am **15. Mai um 14 Uhr** im Funkhaus, Nalepastr. Block A, 5. Stock – Beratung: Wie weiter mit unserer Gruppe?

Die **ADN-Senioren** treffen sich **am letzten Montag jedes Monats um 14 Uhr** in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Torstr. 203-206.

Die **„Alte-Barden-Runde“** Berlin, gegründet 1926, trifft sich **jeden zweiten und vierten Mittwoch** im Monat um **15 Uhr** im Restaurant „Alt-Tempelhof“, Alt-Tempelhof 46, 12103 Berlin.

PAPIERVERARBEITUNG

Versammlung der Fachgruppe jeden zweiten Dienstag im Monat um 16.30 Uhr im großen Saal in der Dudenstr. 10. Nächste Termine: 14. Mai und 11. Juni.

JUGEND

Die **Medienjugend** trifft sich **jeden ersten Mittwoch im Monat um 18 Uhr** im Jugendraum des Gewerkschaftshauses.

SEMINARE

Non Profit Radio – Bildungswerk, Hörfunkschule Berlin, Haus der Buchdrucker, Dudenstr. 10, 10965 Berlin.

Informationen zu aktuellen Kursen: 030-68 30 20 90 oder unter: www.radiokurse.de.

BILDENDE KUNST

„Kunst und Aids – Auseinandersetzung gestern und heute“ – ein öffentliches Werkstattgespräch, zu dem der Berufsverband Bildender Künstler, die Neue Gesellschaft für Bildende Kunst und die Fachgruppe Bildende Kunst e.V. in ver.di einladen. Termin: **30. Mai um 20 Uhr** im Theater am Halleschen Ufer 32, 10963 Berlin-Kreuzberg, U-Bhf. Möckernbrücke u. Hallesches Tor. **Eintritt frei**. Außer dem findet im Theater am Halleschen Ufer **Ende Mai** eine **Woche zum Thema Aids** statt. Projekinfos: www.aids2002.de

VER.DI
IM INTERNET

<http://www.verdi.de>

**Gewerkschaftshaus
Medienfachbereich**
Dudenstrasse 10
10965 Berlin

MUSIK

Wochenseminar Lage-Hörste unter dem Titel **„Unerhört“ Öffentlichkeitsarbeit an Musikschulen vom 8. bis zum 11. Mai** (Info unter: <http://www.verdi.de/musik>)

SONSTIGES

Neue Adressen bei ver.di: **Der ver.di Fachbereich Medien, Kunst, Industrie Frankfurt/Oder** ist seit März unter folgender Adresse erreichbar: Zehmeplatz 14, 15230 Frankfurt/Oder, Tel: 0335/ 606770; Fax: 0335/606777. **Der ver.di Bezirk Frankfurt/Oder** ist nun unter folgender Adresse zu erreichen: Am Herrensee 38, 15344 Strausberg.

Sprachrohr 3/02
erscheint am 29.6.02
Redaktionsschluss
am 3.6.02

Impressum

Sprachrohr – Informationen für ver.di Mitglieder in Berlin-Brandenburg

Herausgeber: ver.di Fachbereich 8 Medien, Kunst und Kultur, Druck und Papier, industrielle Dienste und Produktion Berlin-Brandenburg.

Redaktion: Andreas Köhn (verantwortlich). Anschrift von Herausgeber und Redaktion: Dudenstraße 10, 10965 Berlin. Tel: 030/78 80 09 0.

Redaktionelle Betreuung: Karin Wenk, transit berlin. pro media, Torstraße 177, 10115 Berlin, Tel.: 030/61 30 96-65, Fax: 030/61 30 96-66.

Gestaltung, Produktion: bleifrei Medien + Kommunikation, Prinzessinnenstraße 30, 10969 Berlin, Tel: 030/61 39 36-0, info@bleifrei-berlin.de

Anzeigenannahme: Agentur Adolph, Waisenstraße 1, 10179 Berlin, Tel: 030/5 66 57 53, Fax: 030/5 66 57 54
Druck: Tribüne Druck-GmbH, Am Treptower Park 28-30, 12435 Berlin.

Auch unverlangt eingesandte Manuskripte werden sorgfältig behandelt. Sprachrohr erscheint sechsmal im Jahr, Bezugspreis 5,- Euro pro Jahr, für ver.di-Mitglieder im Beitrag enthalten.

Bitte an den /die ZustellerIn:

Wenn neue Anschrift bekannt, bitte senden an:
ver.di, Fachbereich 8 Berlin-Brandenburg, Dudenstraße 10, 10965 Berlin

Straße _____

Ort _____

Bemerkungen _____

ver.di, Fachbereich 8 Berlin-Brandenburg, Dudenstraße 10, 10965 Berlin
Postvertriebsstück, „Entgelt bezahlt“, A 11703 F

SPRACHROHR – Vertrauen Sie nicht dem Zufall!

Mitglieder des Fachbereichs 8 in ver.di bekommen in Berlin und Brandenburg das Sprachrohr alle zwei Monate zugeschickt.

Alle anderen können die Medien-Zeitung im **Abo** beziehen. Sechs Ausgaben im Jahr kosten nur 9,- DM. Bestellung bei ver.di, Fachbereich 8 Berlin-Brandenburg, Dudenstr. 10, 10965 Berlin

Spät, aber dafür umso dreister

Berliner Verlag fordert alle Nutzungsrechte ohne Bezahlung / Freie wehren sich

Nach zahlreichen anderen Zeitungsverlagen hat nun auch der zu Gruner & Jahr gehörende Berliner Verlag („Berliner Zeitung“/„Berliner Kurier“) seinen freien Autoren neue Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB) zugeschickt. Darin nimmt sich der Verlag nicht nur das Recht, Texte und Fotos im eigenen Verlag zu verwerten. Auch an Dritte will er verkaufen. Die Autoren sollen vom Erlös keinen Pfennig abbekommen.

Verlag will über Rechte frei verfügen

Dagegen haben sich die Freien des Berliner Verlags organisiert. Viele hatten die Allgemeinen Geschäftsbedingungen gar nicht genau gelesen, die mit dem freundlichen Schreiben des Berliner Verlags in ihren Briefkästen landeten. „Sie leisten einen wichtigen Beitrag zu unserem gemeinsamen Erfolg“, schrieb der Chefredakteur der „Berliner Zeitung“ den freien Autoren und kam dann schnell auf das „Zeitalter von Multimedia“ zu sprechen. Klar, viele Zeitungen haben ihren Autoren schon die Rechte für die Internet- und CD-Rom-Nutzung abgeknöpft. Fair ist es nicht, aber Widerstand wohl zwecklos, fanden viele Freie zunächst. Doch nach genauem Lesen formierte sich dann doch der Widerstand. Denn der Berliner Verlag wollte sehr viel mehr. Die Autoren sollten unterschreiben, dass der Verlag auch Dritten einfache Nutzungsrechte einräumen kann. Geld soll es dafür nicht geben.

Nicht einmal informieren will der Verlag die Autoren, wenn er ihre Texte und Fotos weiterverkauft.

Immerhin: Man gesteht den Autoren zu, auch selbst ihre Beiträge weiterverkaufen zu dürfen. Wie großzügig! Doch selbst dafür hat sich der Verlag Regeln ausbedungen. Nicht das einfache Nutzungsrecht will er haben, sondern ein Erstveröffentlichungsrecht, das allerdings weit über das in der Branche übliche hinausgeht. Der Autor darf erst dann seine Werke weiterverkaufen, nachdem sie gedruckt wurden. Dass ein Erstveröffentlichungsrecht immer nur für das Verbreitungsgebiet der Zeitung besteht, ignoriert der Text der AGB. Doch richtig haarig wird es für den Autor, wenn sein Beitrag erst später oder gar nicht gedruckt wird. Er muss dann nämlich sechs Wochen warten, bis er Texte oder Fotos woanders anbieten darf. „Das ist völlig absurd bei tagesaktuellen Geschichten“, empört sich ein Freier auf einem Treffen mit dem Betriebsrat und Vertretern von ver.di. Doch wahrscheinlich gibt es gute Gründe für diese Klausel. Hatte sich doch erst Ende Januar der neue Chefredakteur der „Berliner Zeitung“ in der Presse über mögliche Kooperationen innerhalb des Gruner & Jahr Verlags geäußert. Uwe Vorkötter kündigte eine stärkere Zusammenarbeit mit der „Sächsischen Zeitung“ und der zu fünf Prozent zu Gruner & Jahr gehörenden „Financial Times Deutschland“ (FTD) an. Schon jetzt beliefert die „Berliner Zeitung“ den Sportteil der FTD und die Auto-Beilage der „Sächsischen Zeitung“. Anfang

Februar ging Vorkötter noch einen Schritt weiter. Auch mit anderen Verlagen werde verhandelt. Es gäbe Gespräche mit der „Frankfurter Rundschau“ und dem „Kölnler Stadtanzeiger“, dabei ginge es um die Verwertung von Texten aus der „Berliner Zeitung“ in anderen Zeitungen.

Für die Freien kann eine solche Politik bedeuten, dass sie nicht mehr von ihrer Arbeit leben können, sofern sie auf den Weiterverkauf angewiesen sind. Sollte es tatsächlich bald derartige Kooperationen geben, würde wohl kaum eine Zeitung von Freien Artikel kaufen, die sie billiger vom Verlag erhält. „Wenn der Autor

Organisation über Mailingliste

erst nach Abdruck oder nach sechs Wochen seine Beiträge woanders anbieten kann, wird der Verlag immer schneller sein mit dem Weiterverkauf“, erläutert Andreas Köhn, Berliner Fachbereichsleiter Medien bei ver.di. Deshalb haben nun die Freien des Berliner Verlags gegen diese Pläne Widerstand organisiert. Wie schon bei der „Süddeutschen Zeitung“ und beim „Tagesspiegel“ diskutieren sie ihr Vorgehen auf einer Mailingliste. Inzwischen haben rund die Hälfte der Freien den AGB in einem Brief an die Geschäftsleitung widersprochen. Nun wollen sie mit dem Verlag neue Verträge aushandeln. „An sich ist es ja nicht zu verurteilen, dass der Verlag beim Weiterverkauf von Texten und Fotos behilflich ist“, sagt Andreas Köhn. Nur

entlohnt sollte die Arbeit der freien Journalisten werden. Die Festangestellten im Berliner Verlag bekommen immerhin 40 Prozent vom Honorar, wenn ihre Texte woanders gedruckt werden. „Dass die Freien leer ausgehen,

Hoffnung auf neues Urhebervertragsrecht

ist überhaupt nicht einzusehen“, so Köhn. Langfristig wird eine solche Politik der Verlage jedoch auch die Redakteure treffen. Die Kooperation von „Berliner Morgenpost“ und „Welt“ zeigt deutlich, dass eine Zusammenarbeit zwischen Zeitungen darauf hinaus läuft, dass auch viele Festangestellte ihren Arbeitsplatz räumen müssen.

Die Freien können immerhin noch auf das neue Urhebervertragsrecht hoffen, das am 1. Juli in Kraft tritt. Obwohl inzwischen stark verwässert, sichert es doch zumindest den Urhebern eine angemessene Vergütung für ihre Werke zu. „Eine Vergütung, die bei Weiterverwertung gleich Null ist, wie es der Berliner Verlag will, kann vor keinem Gericht Bestand haben“, glaubt Rüdiger Lühr, Sprecher der AG Urheberrecht in der Deutschen Journalistinnen- und Journalisten-Union (dju). Allerdings müssen die Freien ihre Rechte einklagen. Die Gewerkschaften unterstützen sie dabei.

Hannah Wettig

Übrigens: Mitte März erhielten einige Freie nochmals die gleichen AGB zugesandt, andere sollten ihre Haltung gegen die Unterzeichnung überdenken.